Blickpunkt SENDEN

DEZEMBER 2024

DER NEUE GEWERBEVEREIN „WIRtschaft in Senden“

KRITISCHE HAUSHALTSLAGE BEI DEN GEMEINDEFINANZEN

AKTIONSPLAN DER LANDESREGIERUNG GEGEN DIE EINSAMKEIT

NEUE MOBILSTATION

Die CDU Senden informiert

CDU

Inhalt / Impressum

Editorial

3 Trump, Ampelchaos – wo bleibt die Zeitenwende?

CDU-Fraktion

4 Unsere neuen sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in der CDU-Ratsfraktion

Fraktionsklausur im Sauerland

5 Bericht der CDU-Fraktionsvorsitzenden, Frau Gaby Vogdt

Gastbeitrag

6 – 9 Der neue Gewerbeverein „WIRtschaft in Senden“

Gemeindeverband Senden

10 – 11 CDU im Gespräch mit dem Bürgermeister und dem Kämmerer Kritische Kommunale Finanzen – Ein Kassensturz

12 – 13 CDU-Sommertour mit Marc Henrichmann und Dietmar Panske

14 Nachruf für Dr. Peter Schröder

Ortsverband Senden

15 Mobilstation Huxburg in Betrieb genommen

16 – 17 Veranstaltungen und Aktivitäten

Ortsverband Bösensell

18 – 19 Neue Kita und wohnbauliche Entwicklung im Sporksfeld I

20 – 23 Gründung in bewegten Zeiten – 75 Jahre CDU vor Ort

Ortsverband Ottmarsbocholt-Venne

24 – 25 Gespräche mit dem Bürgermeister

26 Neues aus dem Bezirksausschuss

27 Neue Flüchtlingsunterkunft im Aussenbereich

29 Neue Mensa für die Davertschule

Junge Union

30 – 31 Das Rentenpaket II der Bundesregierung – einseitige Belastung für Jüngere

Abschlussveranstaltung der CDU-Talentschmiede

32 Senden im Jahr 2030

Senioren Union

33 Besuche der Volksbank Senden und des Stadthafens in Münster

35 Teilnahme am Aktionsplan der Landesregierung gegen Einsamkeit

Kreis Coesfeld – Landrat

36 – 37 Aktuelle Sendener Themen aus Sicht des Landrates

Aus dem Landtag

38 – 39 CDU-Landtagsabgeordneter Dietmar Panske: Klare Kante gegen Terror und illegale Migration

Aus der Bundespolitik

40 – 41 Bericht des CDU-Bundestagsabgeordneten Marc Henrichmann

Aus dem EU-Parlament

42 – 43 Sabrina Salomon – Eine Vision von Europa

Titelfoto: Christiane Lang

IMPRESSUM:
Ausgabe: DEZEMBER 2024
Herausgeber:
CDU-Gemeindeverband Senden
(www.cdu-senden.de)

Verantwortlich:
Günter Mondwurf
Erlengrund 290
48308 Senden

Anzeigen:
GGM-Media
0171 - 4923776
blickpunkt@cdu-senden.de

Redaktion & Gestaltung:
Günter Mondwurf, Dr. Axel Hengstermann,
Günter Wierling, Prof. Dr. Martin Lühder,
Gaby Vogdt, Hartwig Treckmann

Konten der CDU Senden:
Volksbank Senden eG,
DE97 4006 9546 0000 1249 00
Sparkasse Westmünsterland,
DE54 4015 4530 0009 5569 78

Druck:
H. Rademann GmbH Print + Business Partner
Baumschulenweg 1 · 59348 Lüdinghausen
Internet: www.rademann.de
Auflage: 8.600 Exemplare

Anmerkung der Redaktion:
Kommunalpolitik, wie wir sie verstehen, lebt von der manchmal auch kontroversen Diskussion. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Sichtweise des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

CDU Senden

www.cdu-senden.de

2024 – TRUMP, AMPELCHAOS – WO BLEIBT DIE ZEITENWENDE?

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

der 06. November 2024 hatte es in sich!

Ein unberechenbarer Egomane gewinnt die Präsidentschaftswahl in den USA und wenige Stunden später zerbricht die Ampelkoalition in Berlin mit lautem Getöse. Unbestreitbar wird der Ausgang der US-Wahl 2024 den Europäern und ganz besonders den Deutschen einiges abverlangen. Nicht nur die Ukraine ist akut bedroht. Russland strebt mit dem Ukraine-Krieg weiterhin offen nach der Hegemonie über ganz Europa.

Den leider oft hohl gebliebenen Phrasen der jetzt gescheiterten Ampelregierung von der „Zeitenwende" werden in unserem Land der Moralapostel spätestens jetzt Taten folgen müssen. Gemeinsam mit den EU-Staaten gilt es daher schnellstmöglich belastbare Lösungen auf den Weg zu bringen, die unsere europäische Staatengemeinschaft widerstandsfähig gegen militärische und wirtschaftliche Bedrohungslagen jedweder Art wappnet. Beispielsweise realisierte die von Bundeskanzler Olaf Scholz jetzt gesprengte Ampelregierung nur mit haushalterischen Tricks das der Nato versprochene deutsche Zwei-Prozent-Verteidigungsziel – nötig wäre aufgrund der akuten Bedrohungslage sicherlich das Doppelte. Im Ergebnis ist das eine wehrpolitische Bankrotterklärung, für die ein Donald Trump völlig zu Recht nur beißenden Spott übrighaben wird und uns dann schlimmstenfalls den amerikanischen Schutzschirm entzieht. Klartext: Neben der Wiederherstellung der derzeit nicht vorhandenen Verteidigungsbereitschaft muss mit aller Macht die Wiederbelebung der am Boden liegenden deutschen Wirtschaft erfolgen.

Der ehemalige Finanzminister Lindner (FDP) hatte in einem 18-seitigen Papier alle dafür notwendigen Maßnahmen aufgelistet. Sie reichen von einer Neujustierung der im Vergleich mit anderen Staaten überambitionierten Klimaziele, über eine dringend nötige Entlastung für Unternehmen bis hin zur Abschaffung des bedingungslosen Grundeinkommens namens Bürgergeld in seiner jetzigen Form.

Für uns als CDU ist klar: Wer arbeitet, muss am Ende deutlich mehr in der Tasche haben als der, der sich beim Staat bedient. Soziale Gaben müssen gegenfinanziert werden und da hilft nur eine prosperierende Wirtschaft mit der sich daraus ergebenden Steuerkraft.

Fazit: Das Experiment „Ampel" ist kläglich gescheitert. Deutschland benötigt eine ehrliche Zeitenwende.

Die Art und Weise der Entlassung des Finanzministers Lindner durch den Kanzler war meines Erachtens im Übrigen stillos und eines Staatsmannes unwürdig. Diese ausgelaugte Regierung muss zwar abgewickelt werden, aber bitte mit dem gebotenen Anstand. Warten wir jetzt die notwendigen und hoffentlich zeitnahen Neuwahlen ab und bauen auf eine neue stabile Regierung. Die CDU ist mit ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz bereit, sich der Verantwortung zu stellen und bei der vorgezogenen Neuwahl um Ihr Vertrauen werben.

Im Mikrokosmos unserer Gemeinde beschäftigen uns weiterhin zahlreiche Herausforderungen. Bei der künftigen Ausgabenpolitik unserer Gemeinde erwarte ich im Interesse einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik, die Senden über Jahrzehnte geprägt und stark gemacht hat, eine ehrliche Prüfung der im neuen Haushalt geplanten Ausgaben.

Wir müssen lernen wieder zu sparen und die nur wirklich notwendigen Investitionen auf den Weg zu bringen. Der Haushalt 2025 weist nach derzeitigem Infostand ein deutliches Minus von rund 5,8 Millionen Euro aus. Unsere freiwilligen Leistungen an die vielen engagierten Vereine und Einrichtungen gilt es mittel- und langfristig nicht zu gefährden.

Daher sind weiterhin Maß und Mitte bei der Haushaltsplanung gefordert. Generell gilt es, dass wir uns vom Wunschdenken nach Umsetzung von wünschenswerten Maßnahmen verabschieden und bereit sind, im politischen Raum bereits beschlossene Projekte kritisch zu hinterfragen. Ferner wäre es ein Gebot der Stunde die gewohnten Standards / Wünsche herunterzufahren und nicht immer die „Goldrandlösung" umsetzen zu wollen. In meinem Interview mit dem Bürgermeister und dem Kämmerer unserer Gemeinde können Sie sich auf der Seite 10 des BLICKPUNKTS einen Eindruck von unserer äußerst schwierigen Haushaltslage verschaffen.

Abschließend bitte ich Sie herzlich erneut, auch in diesem Jahr die Sendener Tafel mit einer Sach- oder Geldspende zu unterstützen. Diese wichtige Arbeit der Ehrenämtler für einen bedürftigen Personenkreis verdient großen Respekt und hilft vielen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde.

Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, trotz aller politischen Herausforderungen und der labilen Weltlage ein hoffentlich besinnliches, schönes Weihnachtsfest und ein friedvolles 2025.

Foto: CDU Senden

Bleiben sie zuversichtlich!

Herzliche Grüße
Ihr Günter Mondwurf,
CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender

UNSERE NEUEN SACHKUNDIGEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER IN DER CDU-RATSFRAKTION

Foto: Jolante Sielenkemper

Jolante Sielenkemper

- 40 Jahre
- verheiratet, 2 Kinder
- Leiterin Caritas Tagespflege Grete-Schött-Ring
- wohnhaft in Senden
- sachkundige Bürgerin im Sozialausschuss

Foto: CDU Senden

Finn-Torben Treckmann

- 25 Jahre
- Student der Philosophie und Ökonomie auf Lehramt
- ledig
- wohnhaft in Senden
- sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur

Foto: Stephan Overbeck

Stephan Overbeck

- 56 Jahre
- verheiratet, 2 erwachsene Söhne
- kfm. Angestellter
- wohnhaft in Ottmarsbocholt
- sachkundiger Bürger im Ausschuss für Bauen und Planen

FRAKTIONSKLAUSUR IM SAUERLAND

Unser Fraktionsteam hat sich Ende August zur Klausurtagung am Hennesee im Sauerland getroffen, um neue Ideen zu entwickeln und strategisch für die Zukunft zu arbeiten.

Mit viel Energie und Engagement haben wir zusammen mit unserem Referenten Dirk Sodenkamp wichtige Themen besprochen und Konzepte erarbeitet, die Senden noch stärker machen werden.

Dabei standen die weitere zielgruppenspezifische, wohnbauliche Entwicklung Sendens, eine verlässliche Betreuung in Grundschule und Kita sowie die gemeindlichen Finanzen neben einer attraktiven Nahversorgung unserer Ortsteile und einer guten ärztlichen Versorgung ganz oben auf der Themenliste.

Fotos: CDU Senden

v.l.n.r.: Georg Jacobs, Heinz Kratt, Jolante Sielenkemper, Melanie Caccavo, Josef Schulze Mönking, Axel Hengstermann, Sascha Weppelmann, Stephan Overbeck, Bernd Aundrup, Christian Vogdt, Gaby Vogdt, Günter Mondwurf

Unser Klausurwochenende war auch eine gute Gelegenheit, unsere neuen sachkundigen Bürgerinnen und Bürger in unserem Team willkommen zu heißen und in unsere Arbeit einzuführen. Gemeinsam sind wir motiviert und bereit, unsere Ideen in die Tat umzusetzen – für ein noch besseres Senden!

Gaby Vogdt

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld ist dramatisch. So haben es die Bürgermeister der zugehörigen Kommunen in einem Hilferuf an Landrat und Kreis ausgedrückt. Stagnierende Steuereinnahmen, Kürzungen von Zuweisungen bei gleichzeitig steigenden Kosten der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen und eine nach wie vor nicht auskömmliche Gegenfinanzierung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich sowie die kontinuierlich steigende Umlagebelastung durch Landschaftsverbände und Kreise sind nur ein Teil der die kommunalen Haushalte belastenden Herausforderungen. Hinzu kommt die anhaltende Talfahrt der Wirtschaft, die keine Aussicht auf Verbesserung verspricht. Sparen ist somit das Gebot der Stunde – auf kommunaler wie auf Kreisebene!

Bereits mit Verabschiedung des diesjährigen Haushaltsplanentwurfs haben wir die Einsetzung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung beantragt, da sich ein geringeres Gewerbesteueraufkommen als zunächst geplant abzeichnete. Dass dies richtig war, zeigen die aktuellen Entwicklungen. Wenngleich sich die Erwartungen hinsichtlich der Gewerbesteuerentwicklung inzwischen wieder etwas besser darstellen, müssen wir aktuell für dieses Jahr dennoch von einem Haushaltsdefizit in Höhe von ca. 5,8 Millionen ausgehen.

Unsere Aufgabe ist es nun, pragmatische Ansätze beim Sparen zu entwickeln. Dazu haben wir unter anderem eine Liste von möglichen Sparmaßnahmen in den Arbeitskreis eingebracht. Denn wir wollen die für unser Gemeindeleben wichtige Arbeit unserer Vereine und Schulen mit freiwilligen Leistungen weiterhin unterstützen und Handlungsspielräume erhalten. Gleichzeitig müssen wir aber in unsere Infrastruktur investieren, um Investitionsstaus vorzubauen und Senden zukunftsfähig aufzustellen.

So befinden sich aktuell der Bau der Zentralmensa, die Erweiterung der Grundschule Marienschule, erweiternde Maßnahmen an der Dietrich-Bonhoeffer Grundschule sowie Umbaumaßnahmen an der Davertschule planerisch in Vorbereitung. Damit bereiten wir die Sendener Schulen auf wachsende Schülerzahlen sowie auf die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich vor.

Allerdings müssen wir dabei weg von der „Verwaltungskonnexität", wonach derjenige die Kosten trägt, der eine Leistung ausführt, und hin zu einer „Veranlassungskonnexität" mit der einfachen Formel „Wer bestellt, bezahlt". Wenn also der Bund neue Aufgaben definiert, die über die Länder an die Kommunen delegiert werden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich im selben Gesetzentwurf so vorzunehmen, dass die Mittel tatsächlich bei den Kommunen ankommen und diesen Luft zum Atmen lässt. Denn die brauchen wir, um weitere wichtige Infrastrukturprojekte wie einen neuen, zeitgemäßen Bauhof für eine stetig wachsenden Gemeinde zu stemmen. Und auch für das kapazitätsmäßig an seine Grenzen gekommene Rathaus brauchen wir eine Lösung.

Hier könnte das jüngst beschlossene Städtebauliche Entwicklungskonzept ISEK 2.0 und die damit verbundenen Fördermittel durchaus hilfreich sein. Allerdings bringt jedes Förderprogramm auch eine Eigenanteil mit sich, der aus gemeindlichen Mitteln zu tragen ist. Daher müssen wir bei den weiteren Überlegungen scharf zwischen Notwendigem und Wünschenswertem trennen. Denn auch Bösensell und Ottmarsbocholt haben Bedarfe, um die Ortsteile zukunftsfähig aufzustellen, für die wir finanzielle Spielräume brauchen, die wir uns nicht durch Verlockungen von Förderprogrammen verbauen dürfen.

Foto: CDU Senden

„Sparen ist eine gute Einnahme", wusste schon Cicero.

In diesem Sinne sollten wir den sparsamen Umgang mit unseren gemeindlichen Mitteln auch als Chance begreifen.

Herzlichst
Gaby Vogdt
Fraktionsvorsitzende

DER NEUE GEWERBEVEREIN „WIRtschaft in Senden“ —

DIE STARKE STIMME FÜR HANDEL UND GEWERBE IN SENDEN

Nach einer intensiven Umstrukturierungsphase der Gewerbevereine Senden und Bösensell hat sich im Juni diesen Jahres der neue Gewerbeverein **„WIRtschaft in Senden“** gegründet. Mit einem schlagkräftigen Vorstand will der neue Verein zukünftig die starke Stimme für seine Mitglieder sein und die Interessen der Gewerbetreibenden in den Ortsteilen Bösensell, Ottmarsbocholt, Senden und der Venne sein.

Fragen an den 1. Vorsitzenden des neuen Gewerbevereins André Mengelkamp

1) ***Der Neuaufstellung des jetzigen Gewerbevereins ging ein intensiver Prozess mit zwei Workshops voraus, an denen Vertreter aus Handel und Gewerbe, Verwaltung sowie Politik teilgenommen haben. Hat die gemeinsame Arbeit im Vorfeld das Interesse und die Bereitschaft zum Engagement in einem neuen Gewerbeverein zusätzlich gefördert und eine Aufbruchstimmung initiiert?***

Wir haben uns sehr gefreut, dass wir bei den jeweiligen Workshops immer einen großen Kreis der Sendener Unternehmerinnen und Unternehmer zum Mitmachen begeistern konnten. In intensiven Sitzungen wurde erörtert, was Senden zukünftig vom Gewerbeverein erwartet. Welche Aufgaben sollen bearbeitet werden, welche Interessen vertreten werden? Es war sehr schön zu sehen, wie viele Teilnehmer aus unterschiedlichsten Gründen aktiv mitgemacht haben und ihre Beteiligung an den Prozessen zugesagt haben.

2) ***Der neu strukturierte Gewerbeverein ersetzt die zwei bislang bestehenden Gewerbevereine aus Senden und Bösensell und will zukünftig alle Gewerke und Brachen vertreten. Wurde die Bezeichnung “WIRtschaft in Senden“ bewusst im Hinblick auf ein neues, intensiveres Miteinander insgesamt und zwischen den Ortsteilen gewählt?***

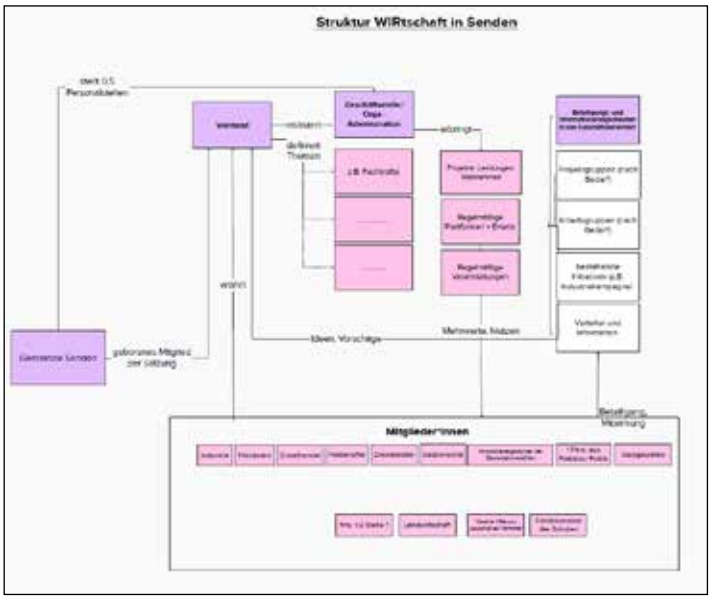
An der Namensfindung haben sich die Teilnehmer der Workshops aktiv beteiligt. Man wollte bewusst weg von dem Begriff „Gewerbeverein“, um Neuem eine Chance zu geben. Das Wortspiel **WIR** in Verbindung mit **Wir**tschaft hat alle Teilnehmer überzeugt und wurde einheitlich abgestimmt. Unter Wirtschaft werden inhaltlich alle Gewerbetreibenden, den Handel, die Politik, die Verwaltung und alle Interessierten zusammengefasst, dies verbindet. Zusätzlich soll das hervorgehobene **WIR** den Wir-Gedanken stärken und betonen.

(v.l.n.r.: Sonja Seidler, Manfred Tiemann, André Mengelkamp (1. Vorsitzender), Maurice Auf der Landwehr, Niklas Berik, Cedric Billermann, Sophia Entrup)

Foto: WIRtschaft in Senden

3) ***Ein Ziel des neuen Vereins ist die Erhöhung der Mitgliederzahl: Mit welchen Maßnahmen soll die Mitgliederbasis gestärkt werden?***

Wir arbeiten gezielt an der aktiven Ansprache der Mitglieder. Dies wird auf unterschiedlichste Art und Weise geschehen. Sei es durch verbindende Aktivitäten im Ortskern und in den einzelnen Gemeindeteilen oder aber auch durch gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen. Wichtig ist uns,



Grafik: WIRtschaft in Senden

dass wir zukünftig nicht nur über allgemeine Veranstaltungen im Ortskern definiert werden, sondern auch durch gezielte Maßnahmen in den Gewerbegebieten und Ortsteilen die Unternehmen unterstützen und auf uns aufmerksam machen. Dies kann u.a. durch Aktivitäten zur Fachkräftesicherung geschehen, Veranstaltungen in den Gewerbegebieten zur Stärkung der einzelnen Betriebe oder einen regelmäßigen Stammtisch für alle.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus:

1. Vorsitzender André Mengelkamp (für Senden)
2. Stellv. Vorsitzender Manfred Tiemann (für Bösensell)
3. Stellv. Vorsitzender Maurice Auf der Landwehr (für Ottmarsbocholt)
4. Beisitzer Handwerk Cedric Billermann
5. Beisitzer Gastronomie Niklas Berik
6. Beisitzerin Industrie Sophia Entrup (Winkelheide)
7. Schriftführung/ Vertretung Gemeinde Sonja Seidler

4) Der neue Gewerbeverein will seine Mitglieder in Zukunft stärker in die Vereinsarbeit einbinden. Wie sieht die neue Organisationsstruktur aus und welche Möglichkeiten der Mitarbeit gibt es?

Die einzelnen Arbeits-/ Projektgruppen werden jeweils von einem Mitglied des Vorstandes geführt. Diese berichten dann immer dem Vorstand und arbeiten in den Gruppen die Inhalte weiter aus.

5) Auch die Beitragsstruktur wurde angepasst. Wie gestaltet sich diese zukünftig?

In der alten Gewerbevereinssatzung gab es keine Staffelung der Beiträge nach Größe der Betriebe. Wir wollten dies ändern, um eine gerechte Verteilung für die einzelnen Unternehmen zu erreichen. Außerdem haben wir mit den erhöhten Beiträgen deutlich mehr Handlungsspielraum für die Umsetzung von Veranstaltungen und anderen Themenfeldern, die die Interessen der Unternehmen vertreten sollen. Die Beitragshöhe ist nun vergleichbar mit anderen Gewerbevereinen der umliegenden Kommunen.

6) Die Gemeinde Senden unterstützt die Geschäftsstelle bzw. Geschäftsführung des Vereins „WIRtschaft in Senden" mit der Einrichtung einer halben Stelle. Welche Aufgaben soll die neu geschaffene Stelle übernehmen?

In erster Linie ging es darum, dass die Arbeit vorher ausschließlich ehrenamtlich erfolgte. Dies lief im Arbeitsalltag des Vorstandes nebenbei und konnte teilweise nur mit erheblichem Zeitaufwand betrieben werden. Die Geschäftsführung führt nun die Geschäfte und Belange des Vereins. Neben den administrativen Tätigkeiten gehören sicherlich auch in erster Linie die direkte Ansprache an die Unternehmen, die Planung und Umsetzung von Veranstaltungen zu den Kernthemen (z.B. Fachkräftesicherung, Stärkung der Unternehmen vor Ort, …). Sie arbeitet als Bindeglied zwischen den Unternehmen und der Gemeindeverwaltung.

7) Mit welcher thematischen Ausrichtung geht der neue Gewerbeverein an den Start?

Der neue Gewerbeverein hat aktuell sechs Arbeitsgruppen gebildet, in denen bereits erste tolle Ergebnisse erarbeitet wurden. Hier können sich alle Interessierten gerne zu jeder Zeit beteiligen und sind eingeladen mitzumachen. Die Schwerpunkte sind: Kommunikation & Design, Fachkräftesicherung, Immobilienbörse, Stammtisch, Gewerbeschau und Förderung Einzelhandel. Es gibt jeweils einen Sprecher in der Gruppe, der die Termine koordiniert. Somit verteilt sich die intensive Arbeit der Neuausrichtung automatisch

AUTO FRANZ
Kfz-Werkstatt Sachverständiger
Franz Kippenbrock
Kfz-Meister
AUTOPRO DIE WERKSTATT.
Im Südfeld 94
48308 Senden-Bösensell
Telefon 0 25 36 / 34 33 90
Telefax 0 25 36 / 3 19 51 01
info@autofranz.de
www.autofranz.de

Mitgliedsbeiträge

Kleine Unternehmen	(1-5 Beschäftigte)	200 €
Mittlere Unternehmen	(6-10 Beschäftigte)	200 €
Größere Unternehmen	(11-20 Beschäftigte)	200 €
Große Unternehmen	(21-50 Beschäftigte)	200 €
Sehr große Unternehmen	> 50 Beschäftigte)	1000 €
Vereine		50 €

auf mehrere Schultern und lässt sich gezielter umsetzen. Je nach Interessenlage können in Zukunft weitere Arbeitsgruppen gebildet werden, die punktuell Themen abarbeiten werden.

8) Auf welche Aktionen dürfen wir uns in den nächsten Wochen freuen?

Aktuell sind wir dabei, das Thema Weihnachten in Senden neu und intensiver zu bespielen. Am 30.11. soll der Weihnachtsbaum mit einem kleinen Event am Brunnen im Ortskern geschmückt werden. Die Kindergärten sind daran beteiligt und alle Sendener sind zu einem Glühwein-Umtrunk ab 16 Uhr herzlich eingeladen. Weiterhin planen wir den Sendener Advent dieses Jahr rund um die Laurentiuskirche. Der Kirchplatz bietet eine stimmungsvolle Plattform für ein schönes, weihnachtliches Wochenende rund um den 2. Advent.

Außerdem arbeiten wir daran, regelmäßig in den Ortsteilen einen Stammtisch anzubieten. Hier sollen mit kurze Impulsvorträgen die Unternehmen mit spannenden Informationen versorgt werden, außerdem bleibt Zeit, aktuelle Belange zu diskutieren.

Das Thema Fachkräftesicherung ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt, der mit dem Berufsparcours bereits erste erfolgreiche Formate entwickelt hat. Hier wird es im kommenden Jahr ebenfalls spannende neue Ideen geben.

Ansonsten sind wir immer wieder dankbar, wenn wir Informationen und Impulse aus den Unternehmen einsammeln und daraus etwas Neues gestalten können.

Es gibt viel zu tun, **WIR** packen es gemeinsam an!!!

Das Interview führte Gaby Vogdt

Fotos: Prof. Dr. Martin Lühder

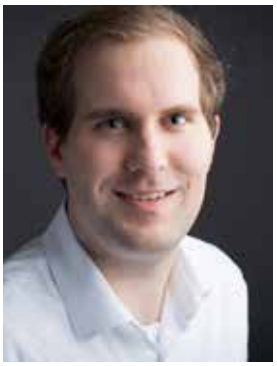
KRITISCHE KOMMUNALE FINANZLAGE – EIN KASSENSTURZ

CDU IM GESPRÄCH MIT BÜRGERMEISTER SEBASTIAN TÄGER UND KÄMMERER PHILIP GEIßLER

Unser Senden ist lebens- und liebenswert. Dazu trugen zahlreiche Investitionen der Gemeinde in unsere Infrastruktur und in das soziale Gefüge unserer Kommune bei. Grundlage hierfür bildete eine gesunde Finanzbasis.

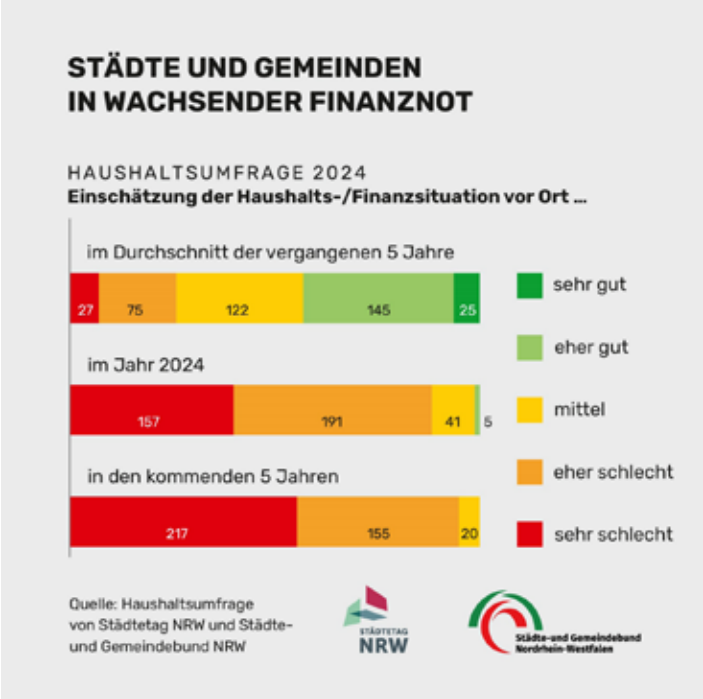
Wir waren lange schuldenfrei und konnten die so wichtige Ausgleichsrücklage im Eigenkapital auf rd. 20,7 Mio. Euro Anfang 2024 aufstocken. Die aktuellen Entwicklungen auf der Aufwandsseite lassen allerdings große Sorgen aufkommen und stellen die finanzielle Zukunft der Stevergemeinde vor erhebliche Herausforderungen.

Sebastian Täger



Philip Geißler

Fotos: CDU Senden



In einem Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Günter Mondwurf nahmen Bürgermeister Sebastian Täger und der Kämmerer Philip Geißler zu den finanziellen Zukunftsfragen entsprechend Stellung.

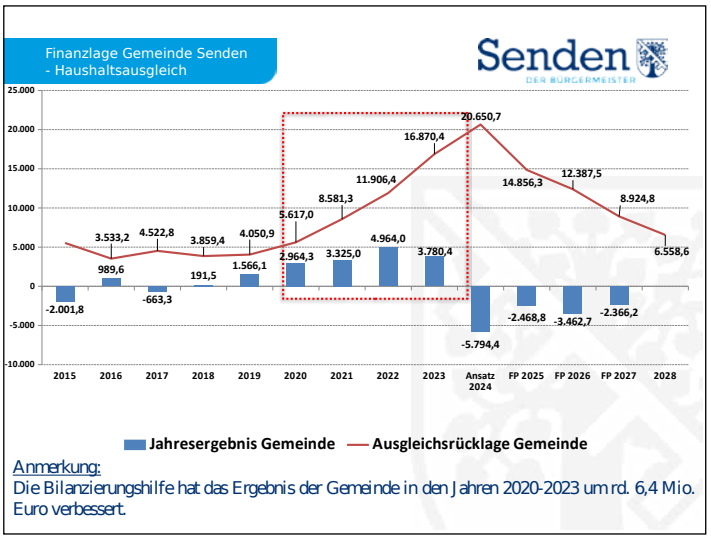
Frage: Wie sieht die aktuelle Haushaltslage aus?

Sebastian Täger: Die Gemeinde Senden ist gut durch die letzten Krisenjahre gekommen. Entgegen aller negativen Prognosen konnten wir in den Jahren 2020 bis 2023 Überschüsse in den Haushalten erwirtschaften und gleichzeitig wichtige Investitionen umsetzen. Dennoch sehen die kommenden Jahre für die Kommunen absolut nicht rosig aus. In Senden haben wir für das laufende Jahr mit einem Defizit von rd. 5,8 Millionen Euro geplant. Zwar haben sich zuletzt die Gewerbesteuererträge wieder besser entwickelt, aber gestiegene Ausgaben, insbesondere die Transferaufwendungen im Sozialbereich, belasten die kommunalen Haushalte sehr. Auch für das nächste Jahr ist hier mit Mehrbelastungen zu rechnen.

Philip Geißler:
Im ersten Halbjahr 2024 haben wir einen so hohen Mittelabfluss von Liquidität wie noch nie erlebt. Dabei stehen viele wichtige Investitionen, z. B. in einen attraktiven Bildungsstandort, erst noch an. Die sich zuletzt wieder verschärfende Flüchtlingssituation mit stetig steigenden Zahlen (aktuell sind mehr als 1.050 Flüchtlinge vor Ort untergebracht) erfordert den Ankauf weiterer Objekte. Diese können wir über eine 0%-Finanzierung bei der nrw.Bank zwar kostengünstig erhalten, dennoch müssen diese Kredite in Folgejahren zurückgezahlt werden.

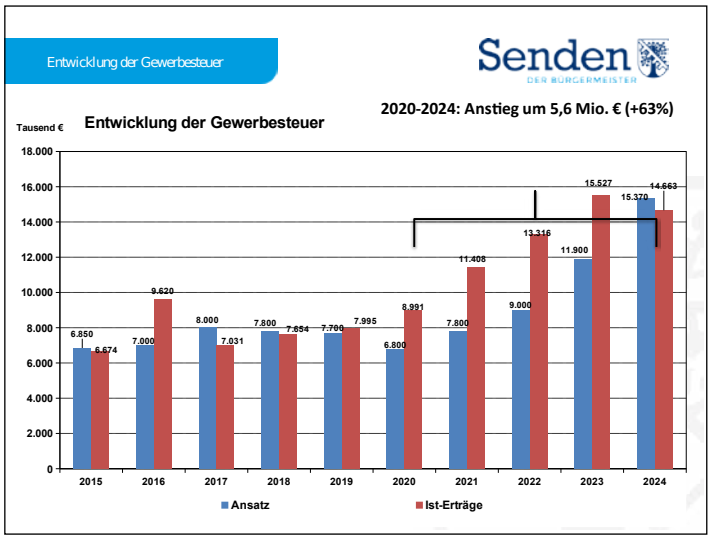
Frage: Wo können wir sparen, damit wir nicht in die Schuldenfalle rutschen und die weitere Entwicklung der Gemeinde, aber auch die freiwilligen Leistungen nicht gefährden?

Philip Geißler:
Wir müssen uns auf einen politisch abgestimmten Pfad der Ausgabenreduzierung machen. Hierzu sind erste Überlegungen im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung angestellt worden. Das wird aber angesichts der immensen Steigerungen bei den sozialen Lasten (Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Flüchtlingskosten etc.) nicht ausreichen. Insofern muss die kommunale Finanzausstattung neu geregelt werden, da sind Bund und Land gefordert. Wir stehen unter enormen Druck aufgrund von Entscheidungen, die im



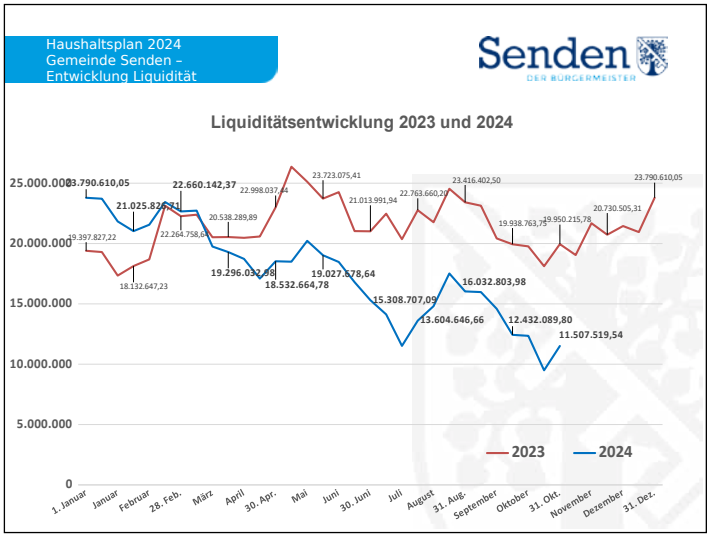
Grafiken: Gemeinde Senden

Bund oder im Land getroffen werden. Es kann schließlich nicht angehen, dass die Kommunen im Staatsgefüge für etwa 25% der Aufgaben zuständig sind, ihnen dafür aber nur 15% am Steueraufkommen zusteht. Zuletzt haben der



Städte- und Gemeindebund diese Schieflage deutlich kritisiert und bereits im vergangenen Jahr einen „Brandbrief" mit großer Unterstützung der Bürgermeister/innen in NRW an den Ministerpräsidenten Hendrik Wüst versandt.

Vor Ort müssen wir die beschlossenen Maßnahmen kritisch hinterfragen und schauen, welche Stellschrauben (z. B. Standards) wir verändern können. Große Investitionen müssen notfalls in die Zeit geschoben oder erst umgesetzt werden, wenn es Fördermittel gibt.



Frage: Wie kann unsere Gemeinde die Einnahmesituation verbessern?

Sebastian Täger:
Durch eine proaktive Wirtschaftsförderung haben wir in den letzten Jahren das Gewerbesteueraufkommen deutlich erhöhen können, das macht uns finanziell unabhängiger. Hieran müssen wir weiterhin mit Nachdruck arbeiten. Die Ausweisung von Gewerbe- und Wohnbaugebieten ist dabei elementar. Letzteres ist auch eine soziale Aufgabe, denn Wohnraum ist knapp und zur Abmilderung des Fachkräftemangels vor Ort von zentraler Bedeutung.

Mit der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft geben wir hier wichtige Impulse. Voraussichtlich im ersten Quartal 2025 werden wir den ersten Spatenstich für 33 öffentlich geförderte Reihenhäuser tätigen. Zielgruppe sind hier junge Familien, Fachkräfte von heute und morgen.

Und ein moderates Einwohnerwachstum trägt durch höhere gemeindliche Anteile an der Einkommensteuer und Grundsteuer auch zur Verbesserung unserer Einnahmesituation bei. Allerdings macht uns im Rathaus die Ausgabeseite aktuell vielmehr Sorgen.

Frage: Wie sieht die zukünftige finanzielle Entwicklung aus?

Philip Geißler:

Aktuell stellen wir den Entwurf des Haushaltsplans 2025 auf, den wir im Dezember in den Gemeinderat einbringen. Doch bereits die mittelfristige Finanzplanung des lfd. Jahres sah für die Folgejahre bis 2027 jeweils Jahresdefizite vor. Aufgrund sich eintrübender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und deutlich steigender Ausgaben der Umlageverbände können diese Defizite ggfs. sogar noch deutlicher ausfallen, denn der Kreis Coesfeld und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe rechnen auch in den kommenden Jahren mit höheren Zuschussbedarfen, die letztendlich von den Städten und Gemeinden aufgebracht werden müssen.

Die Lage ist wirklich dramatisch und verdeutlich umso mehr, dass die auf Bundes- und Landesebene gesetzten Standards einer Überprüfung bedürfen. Dabei befinden wir uns mit Blick auf die gebildeten Rücklagen aktuell noch in einer guten Lage. Viele Kommunen haben keine Rücklagen mehr, sind bereits verschuldet und befinden sich in der Haushaltssicherung. Dann stände bei vielen freiwilligen Leistungen und Investitionen ein mögliches „Stopp"-Schild.

Sebastian Täger:
Angesichts der Lage würde ich mir bei einigen Projekten, wie z. B. der bundesgesetzlich geforderten Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich ab 2026, wünschen nochmal darüber nachzudenken. Ein Moratorium wäre mit Blick auf die weiteren gesellschaftlichen Ziele, die wir haben, sinnvoll.

Die kommunale Ebene und damit auch die Gemeinde Senden muss erhebliche Kraftanstrengungen unternehmen, um dieses in der gewünschten Zeit umzusetzen. An der finanziellen Ausstattung fehlt es jedoch.

Meine Herren, ich bedanke mich abschließend für das konstruktive Gespräch und wünsche ihnen eine glückliche Hand für die weiteren Entscheidungen.

Eines ist sicher:

Die finanziell guten Zeiten sind vorerst Geschichte und wir müssen es wieder lernen zu sparen und notwendige Investitionen mit Maß und Mitte auf den Weg zu bringen.

Eine unverantwortliche Schuldenpolitik ist mit der CDU nicht zu machen und wäre zudem für unsere künftigen Generationen das falsche Signal.

Günter Mondwurf

Grafiken: Gemeinde Senden

CDU-SOMMERTOUR IN SENDEN MIT MARC HENRICHMANN UND DIETMAR PANSKE

SPANNENDE THEMEN UND GUTE GESPRÄCHE IN ALLEN ORTSTEILEN

Mit einem Besuch der neuen Windenergieanlagen in Bösensell startete in diesem Jahr die Sommertour unter Federführung des CDU-Gemeindeverbands.

Gebhard von und zur Mühlen begrüßte als Gastgeber die zahlreichen Gäste und gab einen ersten Einblick in dieses Großprojekt.

Die interessierten Parteifreundinnen und Parteifreunde erhielten von dem Anlagenprojektierer der Westwind - Andre Meyer - einen umfassenden Überblick über den Bau und den Betrieb der weit sichtbaren Symbole der grünen Energie. Rund 10 Megawatt Strom erzeugen beide Anlagen und leisten damit einen wichtigen, wenn auch bilanziellen Beitrag zur Energiewende in unserer Region.

Anschließend ging es weiter nach Haus Alvinghof. Dort standen die Themen der Herausforderungen in der Landwirtschaft auf der Agenda. Fazit: Überbordende Bürokratie und ideologisch gefärbter Verhinderungsaktionismus grüner Vertreter in den Behörden gefährden den Berufsstand und im Ergebnis eine ausreichende regionale Versorgung. Einige Beispiele des Behördenwahnsinns hatten schon den Charme eines Schildbürgerstreichs. Dietmar Panske will sich dieser Themen annehmen und eine Klärung herbeiführen.

Im Rathaus Senden ging es in einer weiteren Station der Tour um die mittlerweile sehr angespannte Lage der kommunalen Finanzen. Eindrucksvoll berichtete der Kämmerer Philipp Geißler und Bürgermeister Sebastian Täger über die zu erwartende finanzielle Schieflage unserer Stevergemeinde, sollten sich auf Bundes- und Landesebene nicht deutliche Verbesserungen für die kommunalen Haushalte ergeben.

Fotos: CDU Senden

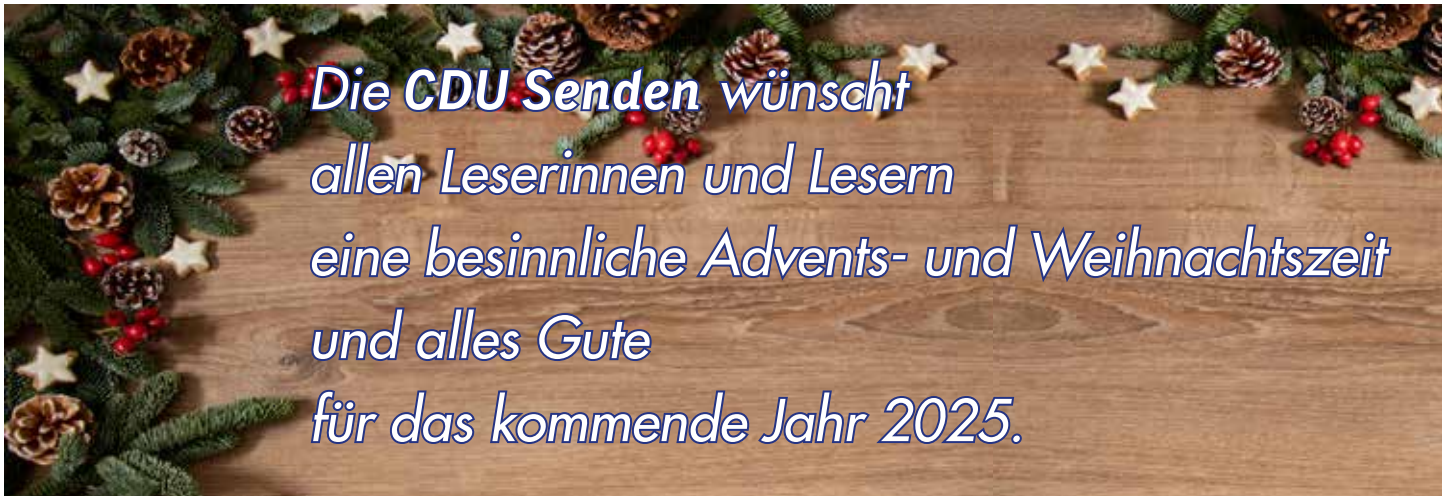


Foto Christiane Lang / CDU Deutschland

Fotos: CDU Senden

Auf dem Hof von Josef Krüskemper in der Venne brachten in einem nächsten Besuchsabschnitt die Landwirte ihre berechtigten Sorgen gegenüber den Abgeordneten zur Sprache. Das Thema der Überflutungsflächen und andere Herausforderungen im Rahmen von Genehmigungsverfahren belasten die Betriebe und erfordern ein zeitnahes politisches Handeln.

Zum Abschluss der Tour stellte Johannes Schulze Bölling sein zukunftsweisendes Biogas-Projekt in der Dorfbauerschaft vor. Mit großem Interesse folgten auch hier die zahlreichen Gäste den Ausführungen. Das Thema Nahwärmeversorgung für den Ortsteil könnte ein weiterer Meilenstein im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung sein. Hier bleibt die CDU am Ball, so versicherten die Abgeordneten und der Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes Günter Mondwurf im Namen des Teams.

Günter Mondwurf

NACHRUF

Die Sendener CDU trauert um ihren langjährigen, ehemaligen Vorsitzenden des Gemeindeverbandes

Dr. Peter Schröder

der am 4. Oktober 2024 im Alter von 87 Jahren verstorben ist.

Mit ihm verlieren wir eine starke und prägende Persönlichkeit, die über Jahrzehnte an vorderster Stelle Verantwortung in der CDU und für seine Partei im Kreis Coesfeld und in seiner Heimatgemeinde mitgestaltet und getragen hat.

Dr. Peter Schröder (links) bei seiner Amtsübergabe 1986 an Ulrich Röttger

Foto: CDU Senden

Wie kaum ein anderer verstand er es in seiner besonnenen, kompetenten Art, komplizierte Sachverhalte zu erklären, präzise auf den Punkt zu bringen und mit fundierten Argumenten für seine politischen Überzeugungen vehement und pointiert zu streiten.

Als Vizepräsident des Landgerichts in seiner Wahlheimat Münster, wo er zuletzt wohnte, hatte er nie nach politischen Mandaten gestrebt.

Dafür engagierte er sich im Ehrenamt als Mitglied von Vorständen in hohem Maße und mit großem Engagement für die CDU. So war Dr. Peter Schröder u.a. von 1978 bis 1997 stellvertretender Kreisvorsitzender und innerhalb seines 16jährigen Wirkens in örtlichen Parteigremien von 1980 bis 1986 Vorsitzender des Gemeindeverbandes Senden.

In seiner aktiven Zeit war er ein wichtiger und zuverlässiger Eckpfeiler der Ziele und Werte einer am Menschen orientierten christlichen Politik der Union, die er mit Weitsicht und Überzeugung vertrat.

Wir sind Dr. Peter Schröder sehr dankbar für sein bedeutendes Wirken und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Unsere herzliche Anteilnahme gilt insbesondere seiner Frau und seinem Sohn.

Günter Mondwurf

Vorsitzender
des CDU-Gemeindeverbandes Senden

MEHR KOMFORT FÜR ÖPNV-NUTZER – – MOBILSTATION HUXBURG IN BETRIEB GENOMMEN

Bequem mit dem Auto, nass und durchgefroren an der Bushaltestelle. Das ist nunmehr vorbei, zumindest an der neuen Mustermobilstation an der Huxburg. Hier wurden viele Komfortkriterien für ein entspanntes Warten aufdenBus X90 erfüllt um hieraus im Rahmen des durch Bund, Land und Kreis geförderten Bürgerlabors Mobiles Münsterland (BueLaMo) Rückschlüsse auf das Akzeptanzverhalten der

ÖPNV-Nutzer zu ermitteln. Dabei macht der eigentliche Wartebereich nur einen kleinen Teil des Gesamtkonzeptes aus.

Errichtet wurde das Ensemble aus neun gebrauchten See-Containern, die für den Einsatz im Münsterland in Schuss gebracht wurden. Ausgestattet sind diese mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach zur Energieversorgung, Wärmedämmung, IT-Verkabelungen, Entwässerung, Video-Überwachung, Klimaanlage, Solardach, Schallschutz und Internet-Infrastruktur. Gleichzeitig dienen die Container als Schallschutzmauer für die dahinter liegende Wohnbebauung. Hinter den vorderen Containern wurde ein klimatisiertes Büro für den Bürgerbusverein sowie eine Toilettenanlage für die Busfahrer eingerichtet.

Hinter der eigentlichen Mobilstation sind Flächen für eine Carsharing-Anlage vorgesehen, so dass gerade den Neubürgern der Huxburg-Wohnbebauung ein umfangreiches Mobilitätsangebot jenseits des eigenen Autos zur Verfügung steht. Es bleibt abzuwarten, ob dies im ländlichen Umfeld das eigene Auto grundsätzlich ersetzten kann. Zumindest der Zweitwagen könnte hierdurch aber entbehrlich werden.

Die optimale Erreichbarkeit der Mobilstation verbunden mit überdachten Fahrrad-Abstellmöglichkeiten, teilweise sogar verschließbar, soll die Akzeptanz des hochqualitativen Bus-Angebotes durch die X90 weiter steigern. Hochauflösende Videoüberwachung im Wartebereich und für Fahrräder soll Vandalismus und Diebstahl vorbeugen oder zumindest die Aufklärung erleichtern. Zusätzlichen Schutz bieten die verschließbaren Einzelkäfige. Schlüssel sind bei der Gemeindeverwaltung zu beantragen. Bei intensiver Nutzung kann die Anzahl der Gitterboxen erweitert werden.

Fotos: Prof. Dr. Martin Lühder

Aktuell wird auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Ausstiegshaltestelle errichtet, so dass die in der neuen Mobilstation abgestellten Fahrräder auf kurzem Wege nach der Rückfahrt erreicht werden können. Die alte Mobilstation wird an die Haltestelle Mahnmal versetzt.

Prof. Dr. Martin Lühder

VERANSTALTUNGEN UND AKTIVITÄ

BÜRGERGESPRÄCH ZUR MÖGLICHEN FAHRRADSTRASSE AUF DER MÜNSTERSTRASSE

Ende Oktober haben wir intensiv mit unseren Mitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die mögliche Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Münsterstraße/Mühlenstraße diskutiert. Fachlich begleitet haben uns dankenswerterweise Carsten Busche, Leiter des Fachbereiches Bauen, Planen und Umwelt der Gemeinde Senden, sowie Marcus Thies aus dem Bereich Technischer Dienst sowie unser engagiertes Mitglied Prof. Dr. Martin Lühder. In der 90-minütigen Veranstaltung wurden Vor- und Nachteile respektvoll ausgetauscht. Eine Sorge galt der möglichen Entfernung der Längsparkplätze auf dem südlichen Teil der Münsterstraße und einer schlechteren Erreichbarkeit von Praxen, Dienstleistungsunternehmen sowie Handel im Ortskern mit einer damit einhergehenden Reduzierung der Besucherzahlen.

Auch eine mögliche Verlagerung der Verkehre sowie die Vereinbarkeit mit den Anforderungen an die Schulwegsicherheit im Zusammenhang mit der möglichen Einrichtung einer Hol- und Bringzone an der Münsterstraße für Schülerinnen und Schüler der Bonhoefferschule und einer übersichtlichen Regelung im Kreuzungsbereich St.Laurentiuskirche / Spitalweg / Schulstraße gehörten zu den vorgetragenen Bedenken. Allerdings sprachen sich auch viele für die Fahrradstraße aus. Durch den damit verbundenen Vorrang für Radfahrer erhöhe sich eindeutig das Sicherheitsgefühl – vor allem auch für den zukünftig aus der Huxburg kommenden Schülerradverkehr. Die vorgebrachten Argumente – pro und contra – müssen wir in der weiteren politischen Diskussion sorgfältig abwägen, um eine für Senden zukunftsfähige und vorwärtsgerichtete Entscheidung zu treffen. Wir wollen zum Umstieg auf den Drahtesel motivieren. Die Notwendigkeit des motorisierten Verkehrs, vor allem für Ältere und Personen von außerhalb lassen wir dabei nicht außer Acht.

Gaby Vogdt

BESUCH DES NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN LANDTAGES

Anfang Oktober haben wir gemeinsam mit Mitgliedern des Bösenseller und Ottmarsbocholter Ortsverbands sowie der Seniorenunion den nordrhein-westfälischen Landtag besucht und uns einen Eindruck vom Alltag und der Arbeit der Landtagsabgeordneten verschafft. Nach kurzer Einführung in die Geschichte des Hauses sowie die parlamentarischen Abläufe ging es auf die Tribüne des Plenarsaals. Dort konnten wir unseren Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann im Beratungsverfahren zu einem Antrag im Rahmen der Woche der seelischen Gesundheit erleben. Dem schloss sich ein intensiver Austausch mit der Landtagsabgeordneten Christina Schulze-Föcking über drängende kommunale Themen an. Die Fraktionsvorsitzende Gaby Vogdt ging insbesondere auf die durch die aktuelle Regionalplanänderung unverhältnismäßig eingeschränkten wohnbaulichen Entwicklungsperspektiven der Gemeinde ein und betonte die Wichtigkeit einer entsprechenden Korrektur der Senden zugedachten Flächenkontingente. Auch die nach wie vor herausfordernde Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich und die damit einhergehende immense finanzielle Herausforderung der betroffenen Kommunen war neben den immer weiter aussterbenden Innenstädten und der in allen Bereichen erdrückenden Bürokratisierung ein wichtiges Thema.

Gaby Vogdt

Fotos CDU Senden

TEN DES SENDENER ORTSVERBANDES

BESUCH DER MÖNNINGHOFF GMBH & CO.KG

Fotos: CDU Senden

Spannende Einblicke in die Mönninghoff GmbH & Co.KG haben wir im September beim dortigen Besuch erhalten. Das Unternehmen zählt zu den europaweit führenden Anbietern von Kabelschächten und Schachtabdeckungen. Auch im Bereich der Wasserversorgung und des Sportstättenbaus hat Mönninghoff sich überregional einen Namen gemacht. Andere Betonfertigteile, die als diverse Fundamente für Masten, Schilder und E-Ladesäulen ihren Einsatz finden, tragen ebenfalls zum guten Ruf des Sendener Traditionsunternehmens bei, das seit 1963 seinen Sitz in Senden hat und namhafte Unternehmen wie die Deutsche Bahn sowie die Deutsche Telekom AG zu seinen Kunden zählt. Gefertigt wird auf dem firmeneigenen Gelände, direkt am Dortmund-Ems-Kanal. Dort befindet sich auch das moderne Verwaltungsgebäude, das eine eigene Kantine für die insgesamt 115 Mitarbeitenden beherbergt. Den Großteil seiner Produktion liefert Mönninghoff deutschland- und europaweit aus; beim Rohstoffbezug agiert das umweltzertifizierte Unternehmen überwiegend regional. So positiv sich Geschäftsführer Stefan Dreßen und Thomas Bald, Prokurist des Unternehmens, über die Entwicklung Mönninghoffs äußern, so sorgenvoll blicken sie auf den Fachkräftemangel und die ausufernde Bürokratie, die beide als enorm zeitfressend beschreiben. Hier wird dringender Handlungsbedarf seitens der Politik gesehen. Ebenso im Angebot von verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum für potentielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Gaby Vogdt

ZWEI FLIEGEN MIT EINER KLAPPE

NEUE KITA UND WOHNBAULICHE ENTWICKLUNG IM SPORKSFELD I

Es sind wahrscheinlich zwei Themen, die viele Bösenseller Bürgerinnen und Bürger bewegen.

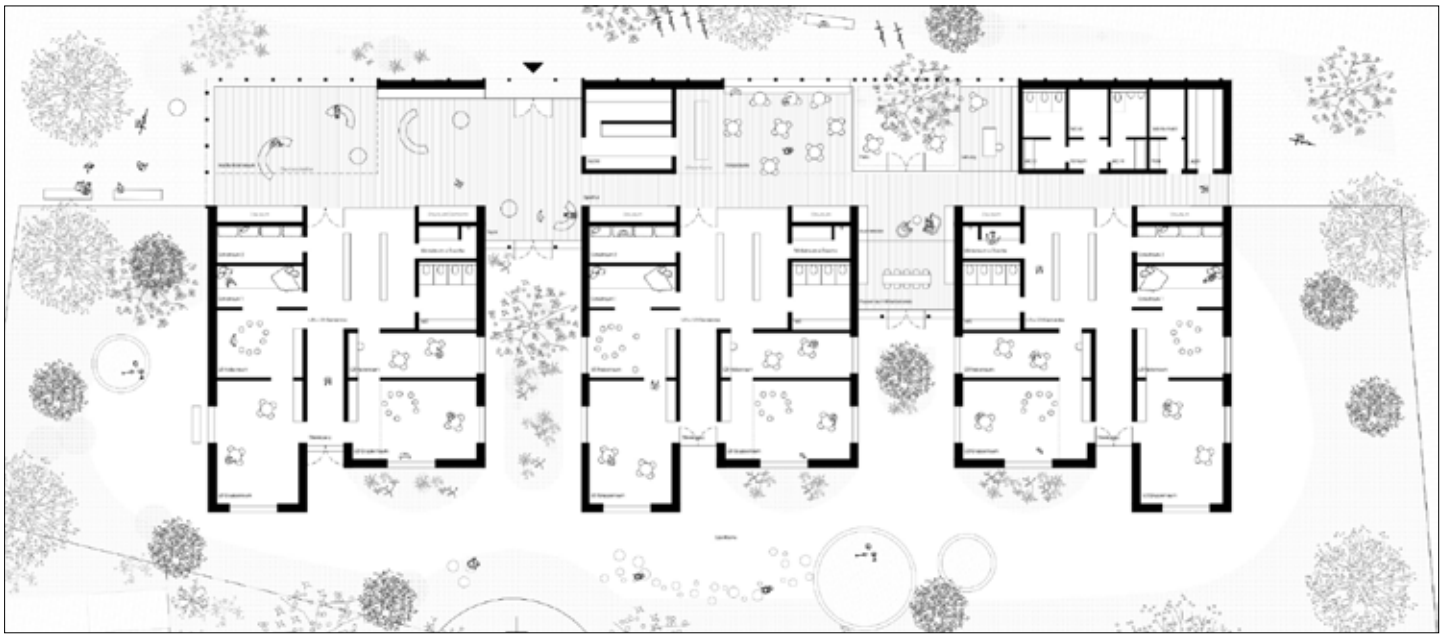
1. **Wann bekommen wir eine zweite KiTa und entlasten die vorhandene 7 Gruppen-KiTa an der Bahnhofsstraße?**
2. **Wann und wo wird neuer Wohnraum geschaffen, der unterschiedlichste Anforderungen erfüllt.**

Beide Themen bringt die CDU Bösensell seit langer Zeit immer wieder in den unterschiedlichsten Gremien vor, um den Druck auf die unterschiedlichsten Gremien aufrechtzuerhalten. Denn eines ist klar, ohne ein behutsames, aber stetiges Wachstum des Ortsteils abseits der Gewerbegebiete werden die vorhandenen Einrichtungen wie, Lebensmittelversorgung, Arzt, Zahnarzt, Apotheke und Grundschule auf Dauer nur schwierig zu halten sein. Gleichzeitig steigert das Vorhandensein nur einer konfessionsgebundenen KiTa mit einem sehr kleinen Außengelände bei gleichzeitig 7 Gruppen nicht die Attraktivität eines Ortes für zuziehende Familien.

Und genau diese beiden „Fliegen" will die Kirchengemeinde unter der Leitung von Pfarrer Dr. Oliver Rothe in nur einem Projekt einfangen. Die Idee ist so simple und gleichzeitig genial:

Die Kirche stellt einem Investor das gesamte Flächenareal zu einem günstigen Erbbauzins zur Verfügung. Dieser baut gleichzeitig eine neue moderne 6-Gruppen-KiTa und vermietet diese zu einer attraktiven Miete an die Kirchengemeinde als Träger der KiTa zurück.

Um möglichst unterschiedliche und interessante Konzepte für die KiTa und die Wohnbebauung zu erhalten, wurde in 2024 ein Konzeptvergabeverfahren durchgeführt. Hierbei erstellte die Kirchengemeinde als Flächeneigentümer und späterer Betreiber der KiTa einen Vorgabenkatalog, anhand dessen die Investoren ein entsprechendes Gesamtkonzept erstellten. Im Rahmen des Konzeptvergabeverfahrens reichten eine Handvoll Investoren Ihre Konzepte anonym ein. Die anonymen Konzepte wurden dann am 07. Februar 2024 von einem 11-köpfigen Gremium, beste-



Grundrissentwurf der neuen KiTa im Bereich Sporksfeld II

Quelle & Freigabe: Ellertmann Schmitz Architekten PartG mbB / Münster

hend aus Vertreter der Kirchengemeinde, der Gemeindeverwaltung und der Kommunalpolitik, in einem mehrstufigen Verfahren beurteilt und bepunktet. Nach insgesamt drei Runden stand das Siegerkonzept fest und erst jetzt durfte der Name des Investors und des Architekturbüros bekanntgegeben werden.

Einstimmig wurde der Entwurf des Architekturbüros „Ellertmann Schmitz Architekten BDA" aus Münster auf den 1. Rang der Prämierung gekoren.

Das Gremium prämiert vor allem das städtebauliche Konzept. Viele der bereits in Bösensell vorhandenen Wohnbaukörper, wie z.B. giebelständige Reihenhäuser, wurden in das Konzept integriert. Diese Elemente tragen dazu bei, dass die neue Wohnbebauung sich sehr gut in das allgemeine Ortsbild Bösensell einpassen. Zudem schafft die Höhenstaffelung der Wohnhäuser zur Westseite einen fließenden Übergang von der vorhandenen Wohnbebauung in das neue Wohngebiet. Die Erschließung der KiTa von der Havixbecker Straße, sowie der vergrößerte Friedhofsparkplatz, werden dazu beitragen, den Hol- und Bringverkehr zur KiTa aus dem Sporksfeld herauszuhalten und somit die Verkehrsmehrbelastung auf ein Minimum zu reduzieren. Ein wesentliches Augenmerk der KiTa-Vertreter lag derweilen natürlich auf der Ausgestaltung der 6-Gruppen-KiTa. Der eingeschossige nach Süden ausgerichtete KiTa-Baukörper überzeugte durch die Integration in einen ansprechenden grünen Außenbereich. Die 6 Gruppen teilen sich in drei Einheiten auf, die durch einen Verbindungskörper miteinander harmonieren. Im Verbindungskörper selbst sind gemeinschaftlich genutzte Räume, wie Küche und Kinderbistro, untergebracht. Zudem bietet der nordwestliche Teil des Verbindungskörper einen Multifunktionsraum, der auch die Nutzung als Familienzentrum ermöglichen wird.

Der CDU Bösensell kommt es nun auf eine schnelle Umsetzung des Vorhabens an, um in Bösensell möglichst zeitnah zusätzlichen Wohnraum anzubieten und das Betreuungsangebot für Kinder zu vergrößern.

Axel Hengstermann

Dreidimensionales Modell des Gesamtkonzepts Sporksfeld II
Quelle & Freigabe: Ellertmann Schmitz Architekten PartG mbB / Münster

GRÜNDUNG IN BEWEGTEN ZEITEN:

Es ist ein kühler Maidonnerstag, dieser 12. Mai 1949 in Den Haag. Wärmer als 15°C wird der niederländische Sprühregen nicht werden – deswegen ist das Licht der Welt eher trüb, das der kleine Harry Robert an diesem Tag erblickt. Deutlich heller wird es in den Gemütern der Westberlinerinnen und -Berliner: Nach knapp elf Monaten endet 620 Kilometer weiter östlich die Blockade der Westsektoren durch die Sowjetunion. Elf Tage wird es noch dauern, bis die drei westlichen Besatzungszonen und die Parlamente ihrer Länder eine föderale Struktur etablieren können.

Doch am 23. Mai ist es so weit: Der Parlamentarische Rat verkündet das Grundgesetz. Der neue Staat ist eine Bundesrepublik und hat eine Verfassung. Was fehlt diesem Staat noch? Natürlich: eine christlich-demokratische Partei. Eine Partei, für die Freiheit und Demokratie die zwingenden politischen Konsequenzen des christlichen Menschenbildes sind – nicht wie das bedeutungslos gewordene Zentrum in konfessioneller Verengung, sondern in bewusst konfessionsübergreifender Perspektive.

Eine Partei, die Solidarität und Gerechtigkeit zuerst als Aufgabe und Verantwortung des Einzelnen sieht, ohne dabei eines sozialistischen Überbaus zu bedürfen. Eine Partei, die die Zukunft des jungen Staates in enger Bindung an die Vereinigten Staaten sieht, und der der Preis der Konzessionen an die Sowjetunion für eine Vereinigung mit deren Besatzungszone zu hoch ist. Aber halt – sie steht schon in den Startlöchern: Vor gut drei Jahren haben sich in der britischen Besatzungszone Landesverbände einer gewissen ‚Christlich-demokratischen Union' zu einem Zonenausschuss zusammengeschlossen.

Die französischen und amerikanischen Besatzer sind da vorsichtiger – zu groß die Angst vor einem verfrühten Wiedererstarken eigenständiger politischer Strukturen nach der gerade erst beendeten Barbarei des NS-Unrechtsstaats. Zu den Pionieren gehören sie also anscheinend nicht, die Herren, die in einem 1400-Seelen-Dorf im Landkreis Münster 1949 auch eine Parteigliederung gründen: Fortan existiert auch in Bösensell ein neuer Ortsverband der CDU.

Andererseits: Als sich in Königswinter am Rhein die CDU auf Bundesebene zusammenschließt, gibt es sie schon einige Monate, die Bösenseller CDU'ler – und der kleine Harry Robert feiert einen Tag später seinen ersten Geburtstag. Programm und Personal der neuen Christdemokraten tref-

75 JAHRE CDU BÖSENSELL

fen um 1950 den Zeitgeist: Abkehr von Ideologien jeglicher Couleur, ein christliches Fundament, der pragmatische Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft, die konsequente Westbindung – und nicht zuletzt der 73-jährige Politstar Konrad Adenauer – sind das, was die Leute wollen.

Am 15. September wird er folgerichtig zum ersten Bundeskanzler der neuen Republik – und für Jahre zum unangefochtenen Boss der bundesdeutschen Christdemokraten. Ein Boss etwas anderen Schlags betritt erst acht Tage später im fernen Long Branch/New Jersey die Bühne. Aber einen langen Atem im Rampenlicht haben sie beide, der Kölner Katholik und das katholische Kleinstadtkind von der Ostküste. Sein Name: Bruce Frederick Joseph Springsteen.

Born in Bösensell – das waren wohl die meisten der Gründungsmitglieder des Ortsverbands. Aber die Zeiten ändern sich: Adenauers Wirtschaftswunderpolitik fruchtet, mit dem Wohlstand wächst auch die Bevölkerung. Aus Dörfern des Landkreises Münster werden faktisch teils Stadtteile der Westfalenmetropole und teils veritable Städtchen im Umland.

Die nötig werdende kommunale Neugliederung bedeutet auch für das inzwischen 1700 Einwohner zählende Bösensell eine neue Ausrichtung: Mit dem 01.01.1975 gehört man zur Gemeinde Senden. Das liegt acht Kilometer weiter im Süden, gehörte bis dahin zum Landkreis Lüdinghausen und viele Bösenseller waren dort noch nie.

Nicht so die Christdemokraten: Die Ortsverbandsvorsitzenden Franz Knubben und Werner Vornholt schaffen Fakten – und schließen sich bereits 1974 dem CDU-Gemeindeverband Senden an, der in diesem Jahr gegründet wird. Mit Erfolg: Nicht erst, aber auch seit den Kommunalwahlen 1975 ist die CDU in Senden immer stärkste Kraft des Gemeinderates – und die Bösenseller CDU trägt seitdem Verantwortung für den Ortsteil, indem sie beide Sitze der Bösenseller Stimmbezirke besetzt.

Ihm sei bewusst, dass es dabei nicht immer möglich gewesen sei, allen Interessen gerecht zu werden, schreibt Heinrich Prinzmeier 1994. Prinzmeier ist da Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Bösensell und gratuliert dem Gemeindeverband Senden zum 20-jährigen Jubiläum. Weiter schreibt er: „Ich darf Ihnen stets versichern, daß wir in der von Ihnen gestellten Vertretungsaufgabe stets nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben und in diesem

Fotos: Martin Willebrand

Sinn jederzeit und ohne Scham in einen Spiegel schauen können“. Prinzmeier hat da natürlich schon die Kommunal- und Bundestagswahlen im Oktober 1994 im Blick – die Sendener CDU wird hier einen Prozentpunkt im Vergleich zur Kommunalwahl ’89 gewinnen und Helmut Kohl wird seine christlich-liberale Koalition in Bonn fortsetzen können –, aber in Klarheit und Demut ist Prinzmeiers Worten 30 Jahre später nichts hinzuzufügen.
Interessenausgleich, Verantwortungsbewusstsein und Aufrichtigkeit sind die Haltungen, die hier sprechen – und wenn sie unser kommunalpolitisches Handeln heute leiten – und nicht Sich-Abarbeiten am politischen Gegner, nicht Erfüllen von Partikularinteressen, nicht Suchen des öffentlichen Effektes –, ist viel gewonnen.

Daran möchte sich die CDU Bösensell auch 2024 messen lassen – und sie kann sich daran messen lassen.

Das ist Grund, nach 75 Jahren auch einmal auf sich selbst zu schauen: Am 25. Mai lud der Ortsverband seine Mitglieder zu einer kleinen Jubiläumsfeier auf den Landhof Große Hellmann:
Dr. Axel Hengstermann blickte als Vorsitzender des Ortsverbandes gleichzeitig zurück auf 75 Jahre erfolgreich übernommener Verantwortung für Dorf wie Ortsteil und verwies gleichzeitig auf die anstehenden Entwicklungsschwerpunkte, die vor uns Kommunalpolitikern liegen:

Foto: Martin Willebrand

Entwicklung der Wohnbebauung, Instandhaltung der Infrastruktur und Steigerung der Attraktivität – etwa in Gestalt einer Skateanlage oder des bereits realisierten Soccerfeldes – sind nur Beispiele für das, was vor uns liegt.

Während die gut 50 geladenen Gäste sich über vergangene und künftige Herausforderungen austauschten, regten Fotos der letzten Jahrzehnte aus dem Fundus von Matthias Foschepoth das Bewusstsein für das Erreichte einmal mehr an. den Der ehemals kleine Harry Robert hat seinen 75. zwar nicht mit uns gefeiert – aber als Sendener ist Herrn Wijnvoord vielleicht auch unser Jubiläum nicht ganz entgangen.

Dass aber Honoratioren wie Bürgermeister Sebastian Täger und Marc Henrichmann MdB sich dieses kleine Fest nicht nehmen ließen, zeigte uns, wie hoch die Wertschätzung jahrzehntelangen ehrenamtlichen Engagements für unseren Ortsteil ist.

Ein weiteres Geburtstagskind des Jahrgangs 1949 hat das Bösenseller Dankeschön-Essen der‚Blickpunkt'-Verteiler allerdings zum Leidwesen des Autors bis heute nicht erreicht: Statt Currywurst gibt es weiterhin: Grünkohl.

Martin Willebrand

Der Vorstand des Ortsverbands Bösensell

WIR ZIEHEN AN EINEM STRANG

BÜRGERMEISTER UND ÖRTLICHE CDU HABEN OTTMARSBOCHOLT IM BLICK

Jahresgespräch der CDU Ottmarsbocholt/Venne mit dem Bürgermeister

Wer kennt es nicht aus seinem Alltag? Manche Themen dauern gefühlt ewig, machen nicht unbedingt Spaß, und trotzdem muss man sie im Blick behalten und sich immer wieder damit beschäftigen. Zu allem Überfluss sind sie erst nach längerer Zeit spruchreif. So ist es auch in der Lokalpolitik. Daher hat es sich bewährt, jedes Jahr mit dem Bürgermeister diese Themen in vertraulicher Runde zu behandeln. So auch Ende Oktober dieses Jahres.

Folgende Themen standen beim Bürgermeistergespräch auf der Agenda:

1. **Umgehungsstraße – ein politisches Marathonprojekt.** Seit Jahrzehnten gibt es den Wunsch in großen Teilen des Dorfes nach Sicherheit, Gesundheit und Aufenthaltsqualität im Ort. Der nächste Meilenstein ist in Sichtweite. Die „Raumwiderstandskarte“ ist eine Abbildung, welche Straßenführung am wenigsten Nachteile für Menschen, Wildtiere, Pflanzen, Böden, Wasser, Denkmale, Landschaft und so weiter hätte. Anhand dieser Karte wird die Lokalpolitik sich für eine bevorzugte „Linie“ im sog.„Linienbestimmungsverfahren“ entscheiden dürfen. **Für eine fundierte Entscheidungsgrundlage und eine rechtssichere Planung setzen sich die CDU und der Bürgermeister weiterhin ein.**

2. **Kirchstraße – noch weitgehend im „Dornröschenschlaf“.** Doch es kommt Bewegung in die Planung für mehrere Gebäude im Straßenverlauf. Die Gespräche mit den Eigentümern und erste Ideen lassen hoffen. **Erste spruchreife Ergebnisse werden für das 1. Halbjahr 2025 erwartet.**

Kirchstraße

BESTATTUNGEN PINNEKAMP
NEUSTR. 46 | 59348 LÜDINGHAUSEN | 02591 21793

Taktgefühl, Einfühlungsvermögen und Fachwissen sind für uns grundlegende Elemente, um Ihnen in der Trauersituation und bei der Bestattungsvorsorge hilfreich zur Seite stehen zu können.
Durch Erfahrung aus über 100 Jahren Traditionsgeschichte und ständige Schulungen unseres Teams können wir Sie umfassend beraten.
- Von Tradition bis Innovation-
Ihre Bedürfnisse stehen bei uns im Mittelpunkt!
Wir sind für Sie da, auch in der Gemeinde Senden.

WWW. STEPHAN-PINNEKAMP.DE | BESTATTUNGEN@STEPHAN-PINNEKAMP.DE

3. **Supermarkt – unverzichtbar und häufig Gesprächsstoff.** Wie sollte ein Supermarkt im Zentrum von Ottmarsbocholt beschaffen sein? Bleibt der aktuelle Markt? Wird er sich verändern? Werden die Wünsche nach einem Café unter freiem Himmel erhört? Die örtliche CDU ist seit Jahren hinter den Kulissen aktiv und im Rathaus werden entsprechende Gespräche mit den Beteiligten geführt. Wir sind uns mit dem Bürgermeister einig: **Ottmarsbocholt braucht ein attraktives Angebot in zentraler Lage.**

Neben den drei genannten Themen haben wir zahlreiche weitere Punkte besprochen. Zum Beispiel die Dauerbrenner Wohnen, Radwege und Gewerbeflächen. Als örtliche CDU möchten wir gute Betriebe im Ort behalten. Das darf nicht an fehlenden Flächen scheitern. Daher soll die Suche nach kurzfristig nutzbaren Grundstücken intensiviert werden. Mit dem Bürgermeister ziehen wir an einem Strang.

Wenn auch Du Dich für unseren schönen Ort lokalpolitisch einsetzen möchtest, melde dich gerne bei uns. Z.B. via WhatsApp (0172 2938 912) oder Email an roland.wieging@gmx.de

Roland Wieging

Parkplatz Edeka

Fotos: Roland Wieging

Bürgermeister Sebastian Täger (li.) im Gespräch mit dem Ortsvorstand der CDU Ottmarsbocholt

NEUES AUS DEM BEZIRKSAUSSCHUSS OTTMARSBOCHOLT

KEINE PRÄZEDENZFALLE SCHAFFEN

1. Bürgerantrag bezüglich einer Verbesserung der Beleuchtung am Weg „Broholt“ sowie am Baumlehrpfad

Es waren sich die Fraktionen einig, hier keinen Präzedenzfall zu schaffen, da hier die entstehenden Folgekosten für die Gemeinde als auch die an dann an dieser Stelle entstehende Lichtverschmutzung zu berücksichtigen sind. Es werden zudem sowieso Teile dieser Strecke im Rahmen des noch zu erstellenden Beleuchtungskonzeptes für das geplante Baugebiet „Hörsken“ geprüft werden.
Eine unsichere Stelle in Höhe des dortigen Bachlaufs wird durch eine neue Absicherung ertüchtigt werden.

Einstimmige Ablehnung des Antrags.

2. Bürgerantrag bezüglich der Errichtung eines Hundeplatzes; hier die vorgeschlagene Flächen Freifläche Bouleplatz Am Holzfeld und die noch freie Wiese am Sportplatz östlich der Sporthalle.

Die vorgeschlagenen Flächen sind aus Sicht der Ausschussmitglieder ungeeignet, da ansonsten die bisherige Nutzung für mögliche und auch schon durchgeführte Veranstaltungen nicht mehr möglich wäre und zudem die genannte Grünfläche am Sportplatz nicht mehr als Ausweichfläche für Sport Trainings dienen könnte. Auch die Folgekosten für die Gemeinde und eine mögliche stetige Lärmbelästigung für die Nachbarschaft, welche zwangsläufig Lärmgutachten zur Folge hätte, sprechen gegen beide vorgeschlagenen Flächen. Grundsätzlich wird der Bedarf eines Hundeplatzes in Ottmarsbocholt von den Ausschussmitgliedern als sehr kritisch gesehen.

Einstimmige Ablehnung des Antrags

3. Bürgerantrag bezüglich einer erneuten Prüfung der zwischenzeitlich durch BZA-Beschluss erfolgten Entfernung der Poller Auf der Horst Durchfahrt Wiesengrund bzw. eines Durchfahrtsverbotes für Kfz an genannter Stelle

Der Durchgangsverkehr ist an genannter Stelle sehr gering. Dies bestätigten die durch die Verwaltung durchgeführten Zählungen. Somit sind mögliche Gefährdungen insbesondere von Kindern als sehr gering einzuschätzen. Einer Revision der derzeitigen aktuellen Beschlusslage wird nicht zugestimmt und nicht zuletzt mit erfolgter Berücksichtigung des geltenden „Poller-Erlasses“ wird der Antrag bei einer Enthaltung (Grüne) von den Ausschussmitgliedern einstimmig abgelehnt.

Patrick Alfs
(Bezirksausschussvorsitzender)

Foto: Patrick Alfs

TISCHLEREI MÖLLERS
Möbel- und Innenausbau
Anfertigung individueller Möbel nach Ihren Wünschen.
Johannes Möllers Tischlermeister
Senden – Ottmarsbocholt Tel 02598 1489 www.tischlerei-moellers.de

ANBRA-IT SERVICES
DORFSTRAßE 31 | 48308 OTTMARSBOCHOLT
Excellenter persönlicher Service für Computer, Netzwerke und Sicherheit
Netzwerk und Internetzugang
Smarthome und Automatisierung
Server und Datensicherheit
Objektsicherheit
Remote Hands / Fernwartung
Notdienst 24 / 7
AnBra-IT unterstützt Sie persönlich und schnell in allen Hard- und Softwareangelegenheiten, Netzwerk- und Sicherheitsfragen im Münsterland und darüber hinaus.
24 Stunden am Tag
TELEFON: 0 25 98 – 9 29 79 39
INTERNET: www.anbra-it.de
E-MAIL: info@anbra-it.de

NEUE FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE IM AUSSENBEREICH GEPLANT!

BÜRGER WURDEN DAZU ZEITNAH INFORMIERT UND EINBEZOGEN

Aufgrund fehlenden Wohnraums und weiterer Zuweisungen des Landes NRW sollen etwa 60 Personen in einer Einrichtung in der Dorfbauerschaft 48 untergebracht werden. Das 4.000 Quadratmeter große Grundstück bietet eine gute Lage mit Lärm- und Sichtschutz durch bestehende Wälle. Die Planungen umfassen auch soziale Angebote vor Ort und einen kleinen Spielplatz. Die Fertigstellung ist für Sommer 2025 vorgesehen.

Das betreffende Grundstück wurde bereits erworben, und die Gemeinde prüft derzeit verschiedene Nutzungsoptionen. Dazu gehört die Sanierung eines bestehenden Wohnhauses oder die Errichtung von Wohncontainern oder modularen Gebäuden aus Holz. Die geplante Unterkunft soll Platz für bis zu 60 Personen bieten.

Noch im Herbst werden erste Arbeiten am Grundstück beginnen. Ziel ist es, im Sommer 2025 die Anlage so hergerichtet zu haben, dass dort Menschen untergebracht werden können, selbst wenn dann noch letzte Arbeiten an den Außenanlagen oder Spielgeräte ausstehen sollten.

Alle Optionen rund um das Wohnhaus sowie die neue Anlage bedürfen jedoch zunächst einer baulichen Überprüfung und Kostenschätzung sowie einer vorherigen politischen Beschlussfassung.

Am Freitag, dem 11. Oktober, veranstaltete die Gemeindeverwaltung eine erste Informationsveranstaltung zur geplanten neuen Wohnanlage für Geflüchtete. Eingeladen wurden die Anwohner der umliegenden Gebiete sowie die Bewohner der Dorfstraße zwischen dem Ortsrand und dem Kreisverkehr an der Lüdinghauser Straße. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Flüchtlingshilfe Senden waren anwesend. Eine zweite öffentliche Informationsveranstaltung fand am 28. Oktober im Rathaus der Gemeinde Senden statt.

Im Zuge der Bürgerinformation konnten zwar nicht alle Bedenken und Sorgen vollständig ausgeräumt werden, jedoch wurde das gegenseitige Verständnis für die Anliegen, erforderlichen Maßnahmen und Perspektiven aller Beteiligten verbessert und transparenter gestaltet. Darüber hinaus konnte die Verwaltung Anregungen und Vorschläge aus dem Treffen aufnehmen und wurde hinsichtlich der Belange der Nachbarn für die weitere Umsetzung und den späteren Betrieb der Anlage sensibilisiert.

Felix Wierling

Schematische Flächendarstellung Grundstück Dorfbauerschaft 48

(Gemeinde Senden)

NEUE MENSA FÜR DIE DAVERTSCHULE

In der Sitzung des Gemeinderates am 23. März 2023 wurde die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Schuljahre 2022/23 bis 2027/28 beschlossen. Ein zentrales Vorhaben ist dabei der Umbau der Gymnastikhalle der Davertschule zu einer modernen Mensa. Dieser Schritt soll auch eine effizientere Nutzung der vorhandenen Räume ermöglichen: Die Verwaltungsräume im Erdgeschoss sollen zusammengefasst und die bisherige Mensa im Untergeschoss der Ganztagsbetreuung zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur stimmte in seiner Sitzung am 22. Februar 2024 einstimmig dafür, den Umbau der Gymnastikhalle zur Mensa weiter voranzutreiben. Nach der Beauftragung eines Architekturbüros wurden mehrere mögliche Varianten für den Umbau entwickelt. Diese wurden gemeinsam mit der Schulleitung, dem Sportverein S.C. Blau-Weiß Ottmarsbocholt e.V. und dem Betreuungsträger der Offenen Ganztagsschule (Schule, Jugend, Kids & Co. e.V.) intensiv diskutiert.

Die Planungen umfassen folgende Leistungsbereiche:

1. Der Umbau der Gymnastikhalle zur Mensa samt neuer WC-Anlagen und Umkleidebereiche
2. die energetische Sanierung des Gebäudebestandes.
3. die Errichtung eines behindertengerechten Verbindungsgangs zum Schulhof sowie die
4. Neugestaltung der Außenanlagen. Letztere soll auch den Abriss des bestehenden Öllagers und eine Öffnung des Sinnesgartens zum Schulhof mit neuen Sitzstufen umfassen. Die Kosten für diese Umgestaltung wurden auf 112.663,25 Euro (brutto) berechnet.

Eine zeitliche Staffelung der Bauabschnitte wäre möglich, wobei die Leistungsbereiche des Umbaus der Mensa und die energetische Sanierung untrennbar miteinander verbunden sind. Im Haushaltsplan für 2024 ist bereits berücksichtigt, dass die Gemeinde Senden im Rahmen des Investitionsprogramms Ganztag von einer maximalen Fördersumme von 865.667,77 Euro profitieren könnte. Förderfähig sind unter anderem Baumaßnahmen in Gebäuden, die der Ganztagsbetreuung dienen.

Entsprechend der Vorlage wurde einstimmig beschlossen, die Umsetzung der Leistungsbereiche 1 und 2 der favorisierten Umbauvariante weiterzuverfolgen und die Planungen zu konkretisieren, um den Bauantrag vorzubereiten. Die Maßnahmen der Leistungsbereiche 3 und 4 sollen zunächst zurückgestellt und zu einem späteren Zeitpunkt erneut geprüft werden.

Felix Wierling

Neue Mensa für die Davertschule *Grafik: (bwarchitektur)*

DAS RENTENPAKET II DER BUNDESREGIERUNG – EINE EINSEITIGE BELASTUNG DER JUNGEN GENERATION

„Die Rente ist sicher", so sagte und plakatierte der ehemalige Sozialminister Norbert Blüm im Jahr 1986. Den Wirtschaftswissenschaftlern der Bundesrepublik Deutschland war bereits zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass das umlagefinanzierte System der Bundesrepublik Deutschland vor enormen Herausforderungen stehen würde. Seit ihrer Einführung im Jahre 1957 ist „die Rente" ein einmaliges Erfolgsmodell, für diejenigen, die sich zum Kreis der Rentner zählen dürfen. Erstmals in der Geschichte war die Rente nicht nur ein schmales Zubrot, sondern sicherte den jeweiligen Bürgern die eigene Versorgung im Alter sowie gesellschaftliche Teilhabe. Durch die Beitragszahlungen aller Erwerbstätigen werden seitdem die Renten der aktuellen Rentnergeneration finanziert. So wurde der Generationenvertrag geboren.

Dieses System hat jedoch den entscheidenden Nachteil, dass es permanent auf starke Geburtenjahrgänge angewiesen ist, ein Makel vor dem Ludwig Erhard entschieden warnte. Er sollte Recht behalten: 1957 war die durchschnittliche Kinderzahl >2, heutzutage beträgt sie weniger als 1,5, Tendenz sinkend. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung um über 10 Jahre gestiegen, ein Umstand auf den wir stolz sein können.

Es braucht jedoch kein Mathematikstudium um zu erkennen, dass das System nur durch exorbitante Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt am Leben gehalten werden kann. 27,2 % des gesamten Bundeshaushalts, über 132 Milliarden, sollen es 2025 sein, ohne Änderungen werden es 2045 bereits 54 % sein. Diese Zahlen sollten eigentlich den Ernst der Lage anzeigen. Doch die große Koalition beschloss im Jahre 2018 mit dem Rentengesetz die sogenannte doppelte Haltelinie, die ein Rentenniveau von 48 % sowie einen Beitragssatz von 20 % bis zum Jahr 2025 festschrieb. Bereits die Verabschiedung dieses Gesetzes schuf dergestalt neue Probleme, dass sie den Nachhaltigkeitsfaktor, der demographische und wirtschaftliche Tendenzen bei der Rentenbemessung berücksichtigte, beschränkte. Dieser hätte erstmals zuungunsten der Rentnergeneration gewirkt, nachdem er jahrelang für höhere Renten gesorgt hätte. Doch ein Generationenvertrag, der beide Seiten in die Pflicht nimmt, schien nicht möglich.

Soweit die Vergangenheit.

Mit dem Rentenpaket II will die Bundesregierung die doppelte Haltelinie in eine einfache Haltelinie umschreiben: Das Rentenniveau muss bei 48 % bleiben. Der Nachhaltigkeitsfaktor wird gleich ganz abgeschafft.

Anstatt also die große Herausforderung einer Rentenreform anzugehen, geriert sich die Ampel als Brandstifter. Bei der Verabschiedung des Gesetzes stiege der Beitragssatz auf 22,3 %. Darüber hinaus beabsichtigt die Ampel Schulden von bis zu 200 Milliarden € bis Mitte der 2030er Jahre aufzunehmen. Unter Einbeziehung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen erscheint der Begriff des „Generationenkapitals" mehr als unpassend.

Wenn Prof. Marcel Fratzscher vom arbeitnehmernahen Institut der deutschen Wirtschaft und Prof. Dr. Clemens Fuest vom arbeitgebernahen ifo-Institut gemeinsam das Rentenpaket II ablehnen, sollten die Alarmglocken schrillen. Auch Sachverständigenrat und Bundesrechnungshof kritisieren die Reform auf Schärfste.

Was also ist die Alternative?

Feststeht, dass zur Aufrechterhaltung des so häufig beschworenen Generationenvertrags Einschnitte auf beiden Seiten hinzunehmen sind. Ein radikaler Umbruch auf eine rein kapitalfinanzierte Rente, so begrüßenswert die grundsätzliche Konzeption sein mag, lässt sich aufgrund der bestehenden Rentenansprüche sowie der Anwartschaften nicht erreichen. Der Wissenschaftsbeirat Bayern sieht im Einklang mit den führenden Wirtschaftsinstituten die Notwendigkeit für eine Vielzahl kleinerer Reformen, um die umlagefinanzierte Rente zukunftstauglich zu gestalten. So sollte der Nachhaltigkeitsfaktor wieder eingeführt werden ohne durch eine doppelte Haltelinie beschränkt zu werden. Auch eine dynamische Erhöhung des Renteneintrittsalters darf kein Tabu sein, wie es der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums vorschlägt.

Laut dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) fördere man mit der abschlagsfreien Rente mit 63 die Illusion, dass sich Renteneintrittsalter und Lebenserwartung voneinander entkoppeln ließen.

Darüber hinaus sind Vorschläge einer höheren Einstiegsrente bei späterem lediglich inflationsbedingtem Ausgleich diskussionswert. So hätten Rentner zu Beginn der Bezugsphase deutlich mehr finanzielle Möglichkeiten ihre Freizeit zu gestalten. Der Wissenschaftsrat Bayern hat berechnet, dass bei Anwendung eines solchen Modells ein Rentenniveau von 48 % bei einem Beitragssatz von „nur" 21,5 % sichergestellt werden könnte.

Zuletzt sollte das schuldenfinanzierte „Generationenkapital" zugunsten einer allgemeinen teilweisen Kapitaldeckung der Rente nach schwedischem Vorbild abgelöst werden. Dort werden 2,5 Prozent des Arbeitseinkommens am Kapitalmarkt investiert. Der Beitragszahler kann dabei zwischen ca. 800 verschiedenen offiziell zugelassenen Fonds wählen. Als veritable Auffanglösung fungiert dabei der staatlich gemanagte Fonds AP7, der bei seiner Anlage das Alter des Beitragszahlers im Hinblick auf den Risikoanteil berücksichtigt. Dessen Rendite ist stattlich: Seit seiner Einführung im Jahr 2000 erzielte der Fonds eine durchschnitt-

liche Rendite von 11,6 % pro Jahr. Bei Verwaltungskosten von nur 0,1 % profitiert der Beitragszahler in erheblichem Maße.

Obzwar jeder dieser Ansätze die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung allein nicht retten kann, müssen wir als Gesellschaft in eine ergebnisoffene Diskussion eintreten, um den Generationenvertrag auch einem Vertrag entsprechend zu gestalten: Mit Pflichten und Ansprüchen auf beiden Seiten.

Lennard Kasberg

ABSCHLUSSVERANSTALTUNG TALENTSCHMIEDE

Als Stipendiat der Talentschmiede NRW der CDU und Jungen Union blicke ich auf eine inspirierende und herausfordernde Zeit von September 2023 bis Oktober 2024 zurück. Die Seminare und Workshops haben mir nicht nur politisches Wissen, sondern auch praktische Fertigkeiten für eine aktive und verantwortungsvolle Rolle im politischen Geschehen vermittelt.

Im Februar begann der zweite Abschnitt des Programms mit einem Rhetorik Seminar in Köln. In dem Seminartagen wurden wir in drei Gruppen aufgeteilt und konnten so intensiv in den Gruppen die Grundlagen guter Rhetorik lernen. So wurden in verschiedensten Übungen das Schreiben und Halten von Reden, Körpersprache und das Vortragen von Präsentationen geübt.

Der Juni stand dann ganz im Zeichen der anstehenden Kommunalwahl im nächsten Jahr. In einem Rollenspiel wurde eine Bürgermeisterwahl simuliert. Hier konnte man zum ersten Mal anhand von fiktiven Szenarien erleben, wie Fraktionsarbeit funktioniert. Die Diskussionen über das Engagement vor Ort und welche Herausforderungen anstehen, waren nicht nur informativ, sondern auch eine Gelegenheit, eigene Standpunkte und Ideen zu entwickeln. Schließlich rundeten das Oktoberseminar zur strategischen Planung und die Projektarbeit unser Jahr ab – hier konnten wir an praxisnahen Projekten arbeiten und wurden aktiv in die Planung und Organisation von politischen Initiativen einbezogen. Für dieses Seminarwochenende sollten Kampagnen Projekte für einen erfolgreichen Wahlkampf oder für politisches und ehrenamtliches Recruiting erstellt werden.

Dieses Stipendium hat mir gezeigt, wie bedeutend die Nachwuchsförderung für die Politik ist und wie wichtig es ist, neue Generationen aktiv und praxisnah auf künftige Aufgaben vorzubereiten.

Finn Treckmann

Fotos: Finn Treckmann

SENDEN IM JAHR 2030

Die Gemeinde Senden hat sich in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt, doch die Frage, wie die Zukunft aussehen könnte, bleibt spannend. Stellen wir uns vor: Es ist das Jahr 2030. Senden hat sich zu einer Gemeinde gewandelt, in der Mobilität und Gemeinschaft großgeschrieben werden, in der Barrierefreiheit für alle und die Einbindung von Jugendlichen in politische Prozesse nicht nur Worte, sondern gelebte Realität sind.

Vernetzte Mobilität: Busse und Fahrräder als Rückgrat der Gemeinde

Ein zentraler Punkt, der das Leben in Senden 2030 prägt, ist die verbesserte Verkehrsanbindung zwischen den Ortsteilen Bösensell, Senden und Ottmarsbocholt. In meiner Vorstellung fährt regelmäßig ein gut getakteter und kostengünstiger Bus, der es den Bewohnern ermöglicht, ohne Umstände von einem Dorf ins andere zu gelangen. Morgens in Bösensell, mittags in Senden und abends in Ottmarsbocholt – der Bus macht es möglich, ohne dass man auf das Auto angewiesen ist.

Neben dem Busverkehr ist auch die Fahrradmobilität in Senden 2030 auf einem neuen Niveau. Eine ausgebaute, durchgehend beleuchtete Fahrradstrecke verbindet die drei Ortsteile. Radfahren wird dadurch nicht nur sicherer, sondern auch attraktiver. Egal ob Schüler auf dem Weg zur Schule, Pendler auf dem Weg zur Arbeit oder Senioren auf der Fahrt zum Einkauf – das Fahrrad wird zu einem bevorzugten Fortbewegungsmittel in Senden. Dank der guten Beleuchtung können die Strecken auch abends problemlos und sicher genutzt werden.

Barrierefreiheit für alle: Ein Senden ohne Hindernisse

Doch nicht nur die Mobilität hat sich in Senden verbessert, auch das Thema Barrierefreiheit wurde großgeschrieben. Im Jahr 2030 ist ein Großteil der Gemeinde für alle Menschen zugänglich. Gehwege, Gebäude und öffentliche Plätze wurden so umgestaltet, dass sie für Personen mit Einschränkungen problemlos nutzbar sind. In meiner Vorstellung gehören Hindernisse wie unüberwindbare Treppen oder unebene Wege der Vergangenheit an.

Besonders ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen profitieren von dieser Entwicklung. Der Besuch eines Freundes, der Einkauf oder der Weg zum Arzt – all das ist ohne Hilfe möglich. Diese Barrierefreiheit schafft nicht nur ein inklusives Umfeld, sondern sorgt auch für mehr Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Betroffenen. Für die Gemeinde ist dies ein entscheidender Schritt in Richtung eines sozialeren und gerechteren Miteinanders.

Junge Menschen gestalten mit: Mehr Teilhabe in der Kommunalpolitik

Ein weiterer Meilenstein in der Zukunftsvision für Senden 2030 ist die stärkere Einbindung der Jugendlichen in die Kommunalpolitik. Oftmals fühlen sich junge Menschen von politischen Entscheidungen ausgeschlossen, weil sie keinen direkten Zugang oder Anknüpfungspunkte haben. In meiner Vorstellung werden in Senden ab 2030 regelmäßig Workshops und Projekte für Jugendliche organisiert, die im Rahmen von Schulprojekten stattfinden. Diese Angebote ermöglichen es den jungen Bürgerinnen und Bürgern, ihre Meinung zu äußern, Ideen einzubringen und direkt an kommunalen Entscheidungen mitzuwirken.

Durch diese Einbindung lernen die Jugendlichen früh, was es bedeutet, Verantwortung für ihre Gemeinde zu übernehmen. Gleichzeitig bringt ihre Teilnahme frischen Wind in die Kommunalpolitik, denn junge Menschen haben oft innovative und unkonventionelle Ideen, die für die Gemeinde von großem Wert sein können.

Eine Gemeinde im Wandel – mehr Zusammenhalt, mehr Lebensqualität

Durch die beschriebenen Maßnahmen wird die Gemeinde Senden 2030 nicht nur vernetzter, sondern auch enger zusammenwachsen. Die verbesserten Verkehrswege, die Einführung kostengünstiger Fortbewegungsmittel und die Stärkung der Barrierefreiheit schaffen eine Umgebung, in der alle Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können – unabhängig von Alter, Mobilität oder finanziellen Möglichkeiten.

Besonders für Familien bringt diese Entwicklung eine große Entlastung. Eltern müssen nicht mehr ständig Taxi spielen, wenn die Kinder Freunde in einem anderen Ortsteil besuchen möchten.

Die stärkere Einbindung der Jugendlichen trägt dazu bei, dass Senden auch in Zukunft eine Gemeinde bleibt, in der sich alle Generationen wohlfühlen und in der die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung gestellt werden. Denn nur, wenn alle mitgestalten dürfen, kann eine Gemeinde sich so entwickeln, dass sie den Bedürfnissen ihrer Bewohner entspricht.

Ausblick: Ein mögliches Senden 2030

Natürlich bleibt dies alles eine Vorstellung, wie Senden im Jahr 2030 aussehen könnte. Es sind keine Prognosen, die mit Sicherheit eintreffen werden, sondern Wünsche und Hoffnungen, die aus meiner Sicht realisierbar wären. Doch eines ist sicher: Die Zukunft von Senden wird so lebenswert und gemeinschaftlich, wie wir sie gestalten. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir eine Gemeinde schaffen, in der Mobilität, Barrierefreiheit und Jugendbeteiligung fest verankert sind – eine Gemeinde, die allen Generationen ein Zuhause bietet.

Senden 2030 könnte ein Ort sein, an dem wir gerne leben, arbeiten und alt werden. Ein Ort, an dem die Menschen zusammenhalten und gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft meistern.

Bennet Klaus

BESUCHSPROGRAMM

ERKENNTNISREICHER BESUCH VOR ORT

Herzlich empfangen wurden am Do. den 10.10.24 die 20 interessierten. Bürgerinnen und Bürger, die auf Anregung der CDU Seniorenunion (SU) die Volksbank Senden besuchten.

Carolin Micheel und Dennis Straube hatten zunächst leckeren Kuthen und Kaffee für die Gäste bereitgestellt.

In einem sehr informativen aber auch humorvollen Vortrag erklärten die Bankmitarbeiter alle Möglichkeiten des elektronischen Zahlungsverkehrs.

Sie machten auf die Risiken und die Vorteile des Onlinebankings aufmerksam und an Hand eines praktischen Beispiels konnten die Senioren eine elektronische Überweisung hautnah erleben.

STADTHAFEN IN MÜNSTER ERKUNDET

Ab 1724 begann der Bau einer künstlichen Wasserstraße, geplant war diese von Münster bis in die Niederlande.

Technische Probleme, die Bodenverhältnisse und der Ausbau der Landverbindungen ließen das Proekt bald scheitern, so die einführenden Worte von Karl Heinz van der Wyenbergh am Do. den 19.10.24 bei der Begrüßung seiner Gäste, allesamt Mitglieder der Seniorenunion im Gemeindeverband Senden.

Der Treffpunkt mit dem Stadt und Hafenführer war aber das heutige Schmuckstück eines Hafenbeckens, welches im Rahmen der Errichtung des Dortmund- Ems- Kanals am damaligen Stadtrand von Münster entstand.

Als 1899 der DEK errichtet wurde, ahnte niemand etwas von den Höhen und Tiefen des heutigen Kunst- und Kulturcentrums mit Gastronomie und geschichtsträchtigen

Gebäuden am Wasser. Der Ausbau der Autobahnen rund um Münster machte seinerzeit den Güterumschlagplatz am Hafen erneut unwirtschaftlich und ein Verfall begann.

Ab 1997 begann durch die Visionen von Kaufleuten und Künstlern die Umnutzung des Hafens zum heutigen Kreativkai.

Fotos: Senioren Union

THEMA EINSAMKEIT

SENIOREN UNION BETEILIGT SICH AM AKTIONSPLAN DER LANDESREGIERUNG GEGEN DIE EINSAMKEIT

Einsamkeit, ihre Auswirkungen und der Umgang mit ihr bestimmten in den letzten Jahren mehr und mehr die öffentliche Diskussion.

In Deutschland leidet inzwischen jeder Zehnte unter Einsamkeit oder sozialer Isolation, mit weitreichenden Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gesundheitswesen! Dieses Phänomen betrifft alle Generationen und Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen. Zu diesem erschreckenden Ergebnis gelangte jüngst das „Einsamkeitsbarometer", eine Langzeitstudie der Bundesregierung.

> **„Einsam kann sich jeder fühlen, unabhängig vom Alter und Einkommen, vom Geschlecht oder sogar davon, wie viele Menschen man um sich herum hat. Die wenigsten reden darüber, einsam zu sein und darunter zu leiden. Es scheint, als haftet dem Thema ein Stigma an. Mit gravierenden Folgen"**

CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident Hendrik Wüst

Foto: CDU NRW/Tobias Koch

so NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU).

Es sei daher ein Kernanliegen seiner Landesregierung auf das Thema Einsamkeit aufmerksam zu machen, die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren und die 65 Handlungsempfehlungen einer Kommission mit einem Aktionsplan umzusetzen.

Einsamkeit wird in der Forschung definiert als eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen den gewünschten und den tatsächlichen sozialen Beziehungen. Man kann zum Beispiel allein sein, aber nicht einsam, aber auch unter Menschen sein und sich trotzdem einsam fühlen. Es kommt immer auf die Qualität der Verbindungen an, so die Expertenmeinung.

Als Faktoren, die Einsamkeit auslösen können, werden u. a. eine Partner- oder Arbeitslosigkeit, Armut, einfache Bildung, gesundheitliche Einschränkungen, aber fehlende Freizeitangebote in den Blick genommen. Beschleuniger der Entwicklung dürfte die Covid-19 Pandemie gewesen sein. Während des ersten Lockdowns kam es beispielsweise zu einem sprunghaften Anstieg der einsamen Menschen in Deutschland von rund 40 Prozent.

Die Einsamkeit wurde lange Zeit vor allem als ein Problem des Seniorenalters betrachtet. Doch in der Coronazeit wurde vielen bewusst, dass Einsamkeit Menschen jeden Alters treffen kann, insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Gleichwohl sind ältere Menschen jedoch häufiger einsam, wie empirische Studien gezeigt haben. Ein Grund dafür ist, dass sie zunehmend weniger Bezugspersonen haben, da Familienangehörige, Lebenspartner, Freunde und Bekannte versterben.

Ältere Menschen leben häufiger allein, sind weniger mobil oder sogar krank, weshalb sie seltener die Wohnung verlassen. Armut ist ein weiterer Risikofaktor, der Einsamkeit im Alter begünstigen kann.

Nach Meinung der Experten kann Einsamkeit genauso schädlich sein wie der Konsum von 15 Zigaretten am Tag, sie „sei tödlicher als Alkohol und Übergewicht. Menschen, die einsam sind, tragen ein höheres Risiko schwer zu erkranken – an Schlaganfällen, Angststörungen, Demenz und Depressionen".

Die Senioren Union (SU) wird diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Eindämmung von Einsamkeit, noch stärker in den Blick nehmen. Sie soll zu einem Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf allen Ebenen werden, weil sie auch eine politische Dimension hat: Denn wer einsam ist, steht der Gesellschaft und auch unserer Demokratie distanzierter gegenüber.

Erste Weichenstellungen zu diesen weitreichenden Aufgabenbereichen gab es bereits auf den letzten Sitzungen des SU-Kreisvorstandes und der CDU-Senioren in Senden. Das auch in unserer Gemeinde wahrnehmbare Phänomen von Einsamkeit möchte die Senioren Union stärker in den Blick nehmen.

Das bekannt hohe ehrenamtliche Engagement in allen Ortsteilen, die vielfältigen Ideen und Initiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Vereine seien schon jetzt tragende Säulen, der Einsamkeit begegnen zu können. Daher gelte es, die bestehenden Angebote noch besser zu vernetzen und für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar bekannt zu machen, etwa durch entsprechende Publikationen, wie sie die SU bereits mehrfach gefordert hatte. Dafür möchte sie sich weiterhin politisch einsetzen. Man könne sich aber auch vorstellen, im Rahmen der Erfordernisse und Möglichkeiten neue Angebote zu entwickeln, z.B. täglich zugängliche Begegnungsstätten in allen Ortsteilen.

Den von der NRW-Landesregierung derzeit erarbeiteten Aktionsplan mit vielen neuen Ideen gegen Einsamkeit möchte die Senioren Union der CDU zu ihrer Grundlage für ihr weiteres Engagement machen. „Der neuen sozialen Frage unserer Zeit können wir nämlich nur dann erfolgreich begegnen, wenn wir frühzeitig hinschauen und voneinander lernen", so Ministerpräsident Hendrik Wüst. Es gelte, das Thema Einsamkeit aus der Tabuzone zu holen und vor allem den von Einsamkeit betroffenen Menschen die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Günter Wierling

Foto: Karl Schulze Höping

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

IN SENDEN, OTTMARSBOCHOLT, BÖSENSELL UND VENNE,

in meinen Beiträgen für die letzten Ausgaben des „Blickpunktes Senden“ äußerte ich wiederholt meine Hoffnung auf die baldige Beendigung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine und die kriegerischen Auseinandersetzungen in Israel und im Gazastreifen. Doch das Leiden vor allem der Zivilbevölkerung geht dort unvermindert weiter. Hinzu kommen neue Hungersnöte in mehreren Staaten Afrikas, auch als Folge des Klimawandels.

Selbstverständlich können wir in Deutschland nicht die ganze Welt retten, aber gerade in der Adventszeit sollten wir uns an unsere christlichen und moralischen Überzeugungen erinnern und an eine der zentralen Weihnachtsbotschaften denken: **„Auch Jesus und seine Eltern waren Flüchtlinge“**.

Natürlich werden auch bei uns im Kreis Coesfeld die Bedingungen zur Unterstützung der geflüchteten Menschen nicht einfacher. Die andauernde Wirtschaftskrise in Deutschland und der Druck auf gewählte Entscheidungsträger der demokratischen Mitte durch die Landeswahlergebnisse im Osten der Republik mit der dort als gesichert rechtsextrem geltenden AfD als Wahlsiegerin sowie mangelnde finanzielle Ressourcen für die verschiedensten Aufgaben des Staates und der Kommunen stellen auch den Kreis Coesfeld und seine Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen.

In diesem Jahr nahmen wir bis zum 30.09.2024 im Kreis Coesfeld 651 Menschen aus der Ukraine auf. Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 wurden hier über 5.000 Ukrainer registriert, aktuell halten sich ca. 3.300 von ihnen noch im Kreis auf. **In die Gemeinde Senden zogen in diesem Jahr bisher 30 Ukrainerinnen und Ukrainer. Hinzu kamen in 2024 bis zum Stichtag 30.09. weitere 115 Personen aus anderen Ländern nach Senden.** Kreisweit waren hier im gleichen Zeitraum 993 Neuzuweisungen zu verzeichnen.

Ich bin unseren Städten und Gemeinden sehr dankbar, dass sie sich dieser schwierigen Aufgabe nach wie vor mit so viel Engagement und Tatkraft stellen.

In der öffentlichen Debatte überwiegen – nicht nur zu Unrecht, aber doch oftmals recht einseitig – die Belastungen und die Darstellungen von Fällen gescheiterter Integration. Ich möchte an dieser Stelle deshalb ausdrücklich ein gegenteiliges Beispiel aus der Gemeinde Senden benennen: Fedi Yahia, ursprünglich aus Tunesien, floh 2022 aus der Ukraine nach Deutschland, um sein Studium hier fortzusetzen, das er aufgrund des Krieges abbrechen musste. Seine Ankunft war schwierig und geprägt von Unsicherheit, doch er fand Unterstützung durch die Gemeinde Senden und das Case-Management im Kreis Coesfeld. Ihm wurde geholfen, eine Unterkunft zu finden, Deutsch zu lernen, sich sozial zu integrieren und sein Studium wieder aufzunehmen.

Besonders herausfordernd waren für ihn die Sprachbarriere und

Fedi Yahia (r.) mit Jean-Jacques Mbondjo, Case-Manager im Kommunalen Integrationszentrum des Kreises Coesfeld

Fotos: Kreis Coesfeld

die Anpassung an die neuen Lebensbedingungen und das andere Hochschulsystem. Mit der Hilfe seiner Unterstützenden aus Ehren- und Hauptamt konnte er seine Ziele erreichen: Nach zehn Monaten hatte er das sog. „C1-Niveau" in Deutsch erreicht und konnte ein Informatikstudium an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf aufnehmen. Trotz bürokratischer Hürden wurde ihm schließlich eine Aufenthaltserlaubnis gewährt, obwohl dies für geflüchtete Studenten aus Drittstaaten wie Tunesien oft schwierig ist.

Fedi Yahia ist eins von vielen Beispielen für eine erfolgreiche Integration und die wichtige Rolle der ehren- und hauptamtlichen Helfenden. Herzlichen Dank an die Unterstützenden dieses jungen Mannes und einer Vielzahl weiterer geflüchteter Menschen. Immer wieder gelingt es den Helfenden, durch sprachliche und kulturelle Nähe Vertrauen aufzubauen und so gelingende Integration zu unterstützen.

Aber nicht nur auf ihren tatkräftigen Einsatz im Rahmen der Flüchtlingshilfe dürfen die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Senden stolz sein. **Der Heimatverein Senden e.V. belegte in diesem Jahr in der Kategorie „Vereine und Initiativen" den ersten Platz beim „Heimat-Preis" des Kreises Coesfeld und gewann ein Preisgeld in Höhe von 5.000 .-- €.** Die Jury begründete die Preisvergabe vor allem mit dem herausragenden Engagement des Heimatvereins bei der Rettung des alten Zollhauses und für die vielfältigen Angebote und Aktivitäten seiner Mitglieder zur Förderung des sozialen Miteinanders und somit Stärkung des Gemeinschaftslebens in der Gemeinde.

Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr (l.), Vertretungen des Heimatvereins Senden e.V. und Bürgermeister Sebastian Täger bei der Preisverleihung des Heimat-Preises 2024

Sehr gerne nutze ich auch diese Möglichkeit, liebe Leserinnen und Leser, Sie an dieser Stelle auf die im September eröffnete Mobilstation „Huxburg" aufmerksam zu machen. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich mit wertvollen Anregungen und Vorschlägen, die in die Planung und Umsetzung einflossen. Die Mobilstation als Kombination verschiedener Mobilitäts- und Dienstleistungsangebote an einem Ort ermöglicht es, flexibel und bequem zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln umzusteigen. Ich bin sicher, dass die Mobilstation Huxburg Vorbild für viele weitere Stationen sein wird.

Mobilstation Huxburg

Eröffnung der Mobilstation „Huxburg" am 04.09.2024 in Senden im Beisein mehrerer Bundes- und Landtagsabgeordneter, Landrat Dr. Schulze Pellengahr (4. v .r.), Bürgermeister Täger (5. v. r.) und Geschäftsführer des Zweckverbands Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL), Joachim Künzel

Fotos: Kreis Coesfeld

Ortsumgehungsstraße

Ein weiteres Thema, dass vor allem die Bürgerinnen und Bürger in Ottmarsbocholt betrifft, ist der Plan, dort eine Ortsumgehungsstraße zu bauen. Eigentlich ist die Planung und der Bau der Straße eine Aufgabe des Landes, hier des Landesbetriebs Straßenbau NRW. In Absprache mit der Gemeinde Senden wurde aber mit dem Land – gegen Kostenerstattung – vereinbart, dass der Kreis Coesfeld die Planungsleistungen übernimmt. Mittlerweile sind die Umwelt-verträglichkeitsprüfungen und die Raumanalysen abgeschlossen. In Kürze werden die Untersuchungen zur Wirtschaftlichkeit und zur Verkehrssicherheit der verschiedenen denkbaren Varianten beendet sein, so dass der Kreis Coesfeld und die Gemeinde Senden eine bevorzugte Variante vorschlagen werden. Ab dann übernimmt wieder der Landesbetrieb Straßen NRW die Planungen zum ggfs. Bau der Ortsumgehung.

Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger der Gemeinde Senden,

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Adventszeit, besinnliche Weihnachtstage und für das neue Jahr vor allem Gesundheit und Zufriedenheit.

Ihr Landrat
Dr. Christian Schulze Pellengahr

CDU IN NRW: KLARE KANTE GEGEN TERROR UND ILLEGALE MIGRATION

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sind zufrieden mit der Arbeit ihrer Landesregierung. Mehr noch: Gerade die CDU in NRW mit unserem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst an der Spitze erntet einen enormen Zuspruch. In der sogenannten Sonntagsfrage konnte die CDU in NRW nochmals zulegen und erreichte sogar die 40-Prozent-Marke, wie die Wahlforscher von infratest dimap im Auftrag des WDR im Herbst gemessen haben. Damit war die CDU in NRW mehr als doppelt so stark als jede andere Partei in unserem Bundesland. Das ist spitze!

Diese enorme Zustimmung in der Bevölkerung kommt nicht von ungefähr. Sie ist Ausdruck davon, was die Bürgerinnen und Bürger in der CDU wiederfinden, was sie von ihr erwarten und worauf sie sich bei ihr auch verlassen können: Kluge Konzepte und klare Handlungen. Jenes Höchstmaß an Problemlösungskompetenz eben, die die Menschen gerade bei der gescheiterten Ampelregierung in Berlin gänzlich und so schmerzhaft vermissen.

> **„Kluge Konzepte und klare Handlungen dafür steht die CDU in NRW"**

Woran erkennen die Bürgerinnen und Bürger in NRW die hohe Problemlösungskompetenz der CDU?

Exemplarisch möchte ich das an den drei Politikfeldern aufzeigen, um die ich mich im Landtag kümmere und die seit geraumer Zeit die öffentliche Debatte und die Ängste und Sorgen der Menschen prägen wie kaum ein anderes politisches Themengebiet: die innere Sicherheit, die geordnete Migration und die Bekämpfung von illegaler Migration. Zwar bedarf unsere Politik nicht erst so schrecklicher Taten wie die von Solingen, um mit Konzepten, Gesetzen und konkreten Handlungen Terror und illegale Migration zu bekämpfen. Gerade unser CDU-Innenminister Herbert Reul hat in den vergangenen Jahren so wirksam wie kein anderer seiner Amtsvorgänger der jüngeren NRW-Geschichte diesen Kampf erfolgreich geführt.

Dennoch:

Schreckenstaten wie von Solingen müssen zu weiterem Nachdenken und weiteren Verbesserungen unserer Sicherheit führen. Genau das hat unsere NRW-Landeregierung getan! Sie hat die umfangreichsten Maßnahmenpakete im Bereich Sicherheit, Migration und Prävention in der Geschichte unseres Landes beschlossen und unmittelbar mit der Umsetzung begonnen.

Zum einen mit vielen konkreten Maßnahmen in der Zuständigkeit des Landes, zum anderen mit klaren Vorschlägen und Forderungen an die Bundesregierung. Denn der Bund ist - was den Kampf gegen die illegale Migration und die Rückführung von ausreisepflichtigen Menschen angeht - in der Verantwortung. Politisch, rechtlich, moralisch!

Dietmar Panske

Mit zwei umfassenden Initiativen adressierte unsere CDU-geführte Landesregierung daher schon in der ersten Sitzung des Bundesrates nach dem Terrorakt von Solingen die Bereiche, in denen Änderungen im Bundesrecht oder im europäischen Recht notwendig sind. Dabei wurden auch schwierige Themen adressiert, wie die Speicherung von Verkehrsdaten und die Beschleunigung von Asylverfahren für Herkunftsstaaten mit einer Anerkennungsquote unter fünf Prozent. Das tat NRW dabei nicht im Alleingang, sondern im engen Schulterschluss mit Schleswig-Holstein und dem Grün-regierten Baden-Württemberg, was nochmal zeigt, dass auch bei diesen schwierigen Themen parteiübergreifende Wege möglich sind!

NRW setzt seit Solingen klare Zeichen im Kampf gegen Terror und illegale Migration - und zwar konkret mit drei großen Maßnahmenpaketen:

Eines davon ist für unsere Sicherheitsbehörden. Wir werden künstliche Intelligenz einsetzen, um im Netz Gefahren, Gefährder und Täter aber auch Hass-Prediger und islamistische Influencer schneller zu erkennen und dingfest zu machen. Wir werden den Datenaustausch zwischen den Behörden intensivieren. Unser Verfassungsschutz wird mehr Rechte und Möglichkeiten bekommen. Und

Dietmar Panske im Austausch zur aktuellen Migration

wir fordern den Bund auf, bei der Terrorbekämpfung endlich besser zu werden. In vielen Bereich müssen da einfach rechtliche Fesseln für unsere Ermittler gelockert werden. Fesseln, von denen nur Täter profitieren – wie zum Beispiel zu starke Datenschutz-Beschränkungen für unsere Behörden bei Funkzellen- oder Verkehrsdaten. Hier geht es nicht um Eierdiebe, sondern um gefährlich Terroristen! Deshalb muss sich der Bund da bewegen – schnell und durchgreifend, damit wir alle sicher leben können.

Dietmar Panske im Gespräch mit NRW Innenminister Herbert Reul

Zweiter Punkt: Wir wollen illegale Migration begrenzen, am besten ganz stoppen.

Wir wollen und werden die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten in NRW weiter beschleunigen. Bereits im Frühjahr 2024 wurden die asylgerichtlichen Zuständigkeiten für bestimmte Herkunftsstaaten in den einzelnen Verwaltungsgerichten gebündelt. Damit ermöglichen wir eine Spezialisierung unserer Gerichte und legen die Grundlage für schnellere Verfahren. Um die Verfahrensdauern aber effektiv zu verkürzen und auf diesem Wege auch für die von der Entscheidung Betroffenen zügiger Klarheit über ihren Schutzstatus zu schaffen, werden wir diese Gerichte nun personell verstärken. Darüber hinaus stärken wir auch unsere Zentralen Ausländerbehörden, planen weitere Abschiebehaftanstalten und forcieren den Einsatz von mehr und besseren IT-Systemen bei unseren landeseigenen Behörden. Und wir nehmen den Bund mehr in die Pflicht.

nssituation mit der NRW-Ministerin für Flucht & Integration Josefine Paul

Denn es ist die ureigenste Aufgabe der Bundesregierung, für mehr und für schnellere Abschiebungen zu sorgen. Und was noch wichtiger ist: Der Bund muss endlich hinbekommen, dass überhaupt weniger illegale Migration nach Deutschland möglich ist. Am besten gar keine. Wir als NRW machen da dem Bund ganz konkrete Vorschläge – die Bundesregierung muss es nur wollen und umsetzen.

Prävention – also Vorbeugung:

Auch das gehört zu den Maßnahmenpakten unserer Landesregierung, mit der sie unser Land sicherer machen will. Was bedeutet Prävention in diesem Zusammenhang? Ganz einfach: Wir wollen, dass sich Menschen erst gar nicht radikalisieren, zu Islamisten oder gar zu Terroristen werden. Und wenn sie auf dem Weg dahin sind, wollen wir sie wieder zurückholen. Dazu führen wir als Land bereits gute Programme wie das Programm „Wegweiser" durch.

Seit November 2023 verfügt „Wegweiser" unter anderem auch über eine Live-Chatfunktion, die es Ratsuchenden ermöglicht, anonym und vertraulich Beratung von Expertinnen und Experten zu erhalten. Gleichzeitig bietet die Initiative auch Hilfsangebote für Familienangehörige, Lehrkräfte, Vereine oder Verbände. Solche Initiativen wollen wir weiter verstärken, ausbauen.

Und das auf vielen Ebenen: Es beginnt in den Schulen, wo wir die Demokratiebildung stärken wollen. Aber es geht auch um Aussteigerprogramme, um die Weiterentwicklung der Präventionsarbeit in Flüchtlingsunterkünften. Und es geht um mehr Aufklärung beispielsweise über den Islamismus und Salafismus und ihre menschenverachtenden Ideologien und grausigen Taten.

Aufklären, für unsere Demokratie und Werte werben – überzeugen! All das gehört zur Prävention und zur Stärkung von Frieden, Freiheit und Sicherheit in unserem Land.

Herzliche Grüße
Ihr Dietmar Panske MdL

Fotos: Landtag NRW

KRISEN UND INTERNATIONALE HERAUSFORDERUNGEN

APOTHEKEN- UND KRANKENHAUSREFORMEN – HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER CDU

Kommentar zum Sicherheitspaket:
Innere Sicherheit wiederherstellen

Innere Sicherheit ist eines der drängendsten Themen, und das aktuelle Sicherheitspaket der Bundesregierung lässt viele Fragen offen, da die wirklich dringenden Probleme nicht adressiert werden. Anstatt die wahren Bedrohungen wie illegalen Waffenbesitz und radikalen Extremismus in den Fokus zu nehmen, schafft das Paket zusätzliche Bürokratie und Unsicherheit und belastet damit Behörden sowie gesetzestreue Bürger.

Die bestehenden Vorschläge regulieren an den tatsächlichen Sicherheitsbedürfnissen vorbei. Was wir brauchen, ist eine entschlossene Bekämpfung von Extremismus, die Begrenzung der Migration und die Stärkung der Polizeiarbeit. Maßnahmen müssen klar und umsetzbar sein, damit sie nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis funktionieren. Eine lückenlose Vernetzung der Behörden und eine digitale Struktur sind unerlässlich. Wir wollen die Blockade und das Misstrauen der Ampel auflösen.

Wir sollten den rechtschaffenen Bürgern vertrauen und die Täter konsequent in den Blick nehmen. Sicherheit entsteht nicht durch blindes Misstrauen, sondern durch klare, rechtsstaatliche und zielgerichtete Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden.

Landtagswahlen und Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Die jüngsten Landtagswahlen haben die politischen Landschaften in den Ländern deutlich in Bewegung versetzt. Dabei stellt sich oft die Frage: Mit wem arbeitet die CDU auf Landesebene zusammen? Als Volkspartei sind wir pragmatisch und passen uns seit Jahrzehnten auch schwierigen Gegebenheiten vor Ort an – das ist eine unserer großen Stärken. Es ist jedoch entscheidend, dass wir dabei stets unsere unverrückbaren Werte im Blick behalten.

Foto: Anja Tiwisina

Marc Henrichmann,
CDU-Bundestagsabgeordneter

Die Freiheit der Landesverbände, zunächst einmal eigenständig zu sondieren, ist eine wichtige Errungenschaft.

Doch Pragmatismus darf niemals dazu führen, dass wir uns in Koalitionen begeben, die unsere demokratischen Grundsätze gefährden. Es gilt zu verhindern, dass extreme Kräfte wie die AfD Einfluss auf zentrale Regierungsaufgaben wie Bildung, Sicherheit oder den Verfassungsschutz erhalten. Insbesondere ein Szenario, in dem eine Figur wie Björn Höcke in einer Minderheitsregierung Ministerpräsident wird und damit alle Minister ernennt, ist für mich inakzeptabel. Die Vorstellung, dass jemand wie Höckes AFD für den Verfassungsschutz oder die Einsetzung von Schulräten verantwortlich sein könnte, muss uns wachsam machen.

Auch die Entwicklungen um Sahra Wagenknecht, die eine neue politische Bewegung anführt, geben Anlass zur Sorge. Ein Zusammenschluss mit Kräften, die von einer Art „Fernsteuerung" beeinflusst werden, wäre gefährlich für die Stabilität und den Zusammenhalt in unserem Land.

Kooperationen mit solchen Akteuren dürfen nicht leichtfertig akzeptiert werden, gerade wenn damit die Westbindung oder die NATO-Mitgliedschaft in Zweifel gezogen würden. Umgekehrt gibt es im sog. „BSW" gerade erhebliche Absetzbewegungen von dessen Namensgeberin, die es zu beobachten gilt und die in engem Rahmen eine wohlwollendere Prüfung in Ostdeutschland rechtfertigen könnte. Auch hier ist die Zukunft ungewiss.

> **„Es gilt zu verhindern, dass extreme Kräfte wie die AfD Einfluss auf zentrale Regierungsaufgaben wie Bildung, Sicherheit oder den Verfassungsschutz erhalten"**

Daher sehe ich klar die Notwendigkeit, andere Optionen zu prüfen – darunter auch die Möglichkeit einer CDU-geführten Minderheitsregierung. Es ist besser, Verantwortung zu übernehmen, auch in schwierigen Verhältnissen, als Koalitionen einzugehen, die unsere Prinzipien aushöhlen könnten.

Apotheken- und Krankenhausreformen – Versorgung auf dem Land in Gefahr

Ein besonders brisantes Thema, das uns im Wahlkreis stark beschäftigt, ist die Situation der Apotheken und Krankenhäuser auf dem Land. Die von Lauterbach und der Ampelkoalition eingeleiteten Reformen haben nicht nur Unruhe gestiftet, sondern gefährden massiv die Gesundheitsversorgung. Besonders in ländlichen Gebieten wird die Schere zwischen medizinischer Versorgung und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen immer größer. Viele Apotheken sind in ihrer Existenz bedroht, Ärzte wandern ab oder schließen ihre Praxen.

Ich bin der festen Überzeugung: So kann es nicht weitergehen. Die Politik der Ampel hat hier versagt. Die CDU setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für Apotheken und Arztpraxen deutlich zu verbessern.

- **Bessere finanzielle Unterstützung für Apotheken auf dem Land,** um deren wirtschaftliches Überleben zu sichern. Es müssen Anreize geschaffen werden, die besonders strukturschwache Regionen im Blick haben.
- **Entlastung der Ärzte durch weniger Bürokratie,** sodass sie sich auf die medizinische Versorgung konzentrieren können, anstatt in unnötiger Dokumentation zu versinken. Dazu gehören auch digitale Lösungen, die Abläufe vereinfachen und Zeit sparen.
- **Anreize für junge Ärzte,** sich in ländlichen Regionen niederzulassen, durch gezielte Förderungen und attraktivere Arbeitsbedingungen. Wir wollen die medizinische Versorgung vor Ort sichern und verbessern, indem wir beispielsweise gezielt Anreize für Praxen in ländlichen Gebieten anbieten.
- **Die Krankenhausstruktur reformieren,** indem kleinere Krankenhäuser gestärkt und nicht pauschal geschlossen werden. Diese sind oft das Rückgrat der Versorgung in ländlichen Regionen und müssen durch eine angepasste Finanzierung erhalten bleiben.

Diese Maßnahmen sind dringend notwendig, um die Gesundheitsversorgung auf dem Land zukunftsfähig zu gestalten. Gesundheit darf kein Luxusgut sein, und schon gar nicht auf dem Land.

Nominierung von Friedrich Merz als Kanzlerkandidat: Mut, Stolz und Tatkraft

Mit der Nominierung von Friedrich Merz als Kanzlerkandidat hat die CDU einen klaren Kurs eingeschlagen. Wir, die CDU, sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und Deutschland aus der Krise zu führen. Wir brauchen einen „Neuen Staat"; einen Neustart in der Wirtschafts-, Sicherheits- und Migrationspolitik. Es ist Zeit für Mut und Entschlossenheit – Eigenschaften, für die Friedrich Merz steht und die in der aktuellen Rezession mehr denn je gebraucht werden.

Sein Antrittsstatement hat es deutlich gemacht: Als CDU haben wir das Know-how und die Erfahrung, um die Herausforderungen dieser Zeit zu meistern – ob es um wirtschaftliche Stabilität oder die Schaffung von Arbeitsplätzen geht. „Wir können es besser". Gemeinsam mit ihm und einem starken Team werden wir als CDU die Führung übernehmen und Deutschland zu alter Stärke zurückführen.

Krisen und internationale Herausforderungen: Handlungsfähigkeit der CDU

Die aktuellen Kriege in der Ukraine und in Israel zeigen uns deutlich, wie unsicher die Welt geworden ist. Deutschland muss Verantwortung übernehmen und aus einer Position der Stärke heraus unsere Partner nach Kräften unterstützen. Es reicht nicht, nur zu reagieren – wir müssen vorausschauender und entschlossener handeln. Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit sind hier der Schlüssel, und genau das garantiert die Union. Angesichts der anstehenden Präsidentschaftswahl in den USA bleibt uns in Europa nicht mehr viel Zeit, um zu alter Stärke zurückzukehren. Meine Lehre aus der letzten Zeit: Wir müssen in Europa stärker, handlungsfähiger und entschlossener sein, um gemeinsam und an der Seite unserer Partner die Herausforderungen der Zeit anzugehen.

> **„Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit sind hier der Schlüssel, und genau das garantiert die Union"**

Die CDU steht für ein starkes Deutschland – handlungsfähig, geschlossen und verantwortungsvoll. In einer unsicheren Welt wissen wir, was zu tun ist.

Für die Menschen, das Land und unser Europa!

Marc Henrichmann
marc.henrichmann@bundestag.de

EINE VISION VON EUROPA

GEMEINSAM WERDEN WIR IMMER RELEVANTER SEIN ALS ALLEIN

„Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden." Dies ist der erste Satz der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Diese Charta ersetzt nationale Systeme nicht, es ergänzt sie und bildet die Grundlage für ein europäisches Miteinander.

Vielleicht sollten wir uns dieses Miteinanders und dieser Werte gelegentlich aktiv erinnern, fanden sie doch zuletzt eher selten Berücksichtigung in Reden und Ansprachen im politischen Umfeld.

Vor knapp einem halben Jahr haben wir das europäische Parlament neu gewählt. Senden ist hierbei ein Hoffnungsschimmer. Mit knapp 74% war die Wahlbeteiligung deutlich über dem bundesdeutschen Schnitt, die Stimmanteile antieuropäischer und extremistischer Parteien lagen gleichzeitig deutlich unter dem Bundesschnitt.

Persönlich habe ich mich sehr über das Ergebnis der CDU gefreut. 41% der Sendener Wähler schenkten der CDU und damit auch mir ihr Vertrauen, wofür ich mich von Herzen bedanken möchte.

Ich hätte Sie sehr gerne in Brüssel vertreten. Aber auch so verstehe ich Ihr Vertrauen als Auftrag, mich weiter für das zu engagieren, was mir wichtig ist. Und mein Herz schlägt für Europa.

So macht es mich nachdenklich und gleichzeitig ziemlich „fuchsig", was zurzeit in Europa passiert; Mehr Gegeneinander als Miteinander, mehr Problemfokus als Lösungsfokus, mehr Vergangenheitsbewältigung als Zukunftsvision.

Seit Juli hat Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft inne und es ist erst wenige Tage her, dass Herr Orban vor dem EU-Parlament gesprochen hat. Zu erleben waren Anklagen, Vorwürfe, Forderungen, gerade erst gefasste, gemeinsame Beschlüsse zu kippen. Von Versuchen Brücken zu bauen oder gemeinsame Wege zu finden war nicht viel wahrnehmbar.

News aus dem EU-Parlament

Foto: CDU NRW

Sabrina Salomon

Doch auch auf nationaler Ebene erleben wir vermehrt eine Rückkehr zur „Kleinstaaterei", auch Deutschland ist nicht länger ein wirklich verlässlicher Partner und wird seiner Verantwortung als größte Wirtschaftsmacht des Kontinents eher sporadisch gerecht.

Und in einigen Bereichen funktioniert die EU tatsächlich heute nicht, Schengen ist hier nur ein Beispiel. Doch die spannende Frage muss doch sein, wie gehen wir damit um?

Global gesehen besteht die EU aus vielen kleinen Ländern. Ja, auch mit gut 84 Mio. Einwohnern fällt Deutschland nicht gerade unter die Top 10 der Welt.

Gemeinsam werden wir immer relevanter sein als allein – wirtschaftlich, geopolitisch und sicherheitspolitisch. Gerade im Münsterland wissen wir, wie wichtig die EU für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist. Und doch verbindet uns so viel mehr: „auf der Grundlage gemeinsamer Werte", hierauf kommt es schlussendlich an.

Ich wünsche mir ein Europa, in dem man sich dieser Werte erinnert und auf ihrer Grundlage gemeinsam Lösungen entwickelt, anstatt nur Probleme zu analysieren.

Ein starkes Europa das eine gemeinsame Vision von einer guten Zukunft hat!

Diese Ziele können aber nicht nur durch Politik erreicht werden. Wir alle müssen für sie einstehen – mit Geduld, Hartnäckigkeit, Courage und klaren Werten und Worten

Denn wir sind Europa.

Für Europa, für das Münsterland

Ihre
Sabrina Salomon